

Typ 6: Stabile Mittelstädte

Stand: März 2016

Ansprechpartner Bertelsmann Stiftung: Carsten Große Starmann und Petra Klug



Insgesamt sind diesem Typ 531 Kommunen zugeordnet

- Schwerpunkt bei Mittelstädten
- Wirtschaftszentren und Wohngemeinden
- Bevölkerungswachstum durch hohe Wanderungsgewinne
- Solide Einkommenssituation der Bewohner
- Solide finanzielle Ausstattung der Kommunen

Inhalt

1. Räumliche Einordnung	3
2. Charakteristika	4
3. Herausforderungen	11
4. Potenziale	13
5. Handlungsansätze und Empfehlungen	13
6. Indikatorenerläuterung	35

Informationen zur Typisierung:

Die Typisierung wurde von der „Faktor Familie GmbH“ auf der Grundlage des „Wegweiser Kommune“ berechnet: Datenstand ist das Berichtsjahr 2013, Gebietsstand der 1. Januar 2014.

Mithilfe einer Faktorenanalyse wurden in einem ersten Schritt charakteristische Ausprägungen ausgewählter sozioökonomischer und demographischer Indikatoren analysiert und zu Faktoren „soziodemographischer Status“ und „Urbanität/Wirtschaftsstandort“ aggregiert.

Im zweiten Schritt wurden mittels dieser Faktoren und einer Clusteranalyse über 2.900 Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern zu insgesamt neun Demographietypen zusammengefasst. Dabei wurden Kommunen so zu Gruppen zusammengefasst, dass die Unterschiede zwischen den Kommunen eines Typs möglichst gering, die Unterschiede zwischen den Typen aber möglichst groß sind.

Die Analyse und Beschreibung der Handlungsansätze wurden vom Planungsbüro „STADTREGION. Büro für Raumanalysen und Beratung“ unter Einbeziehung von Experten-Interviews entwickelt und stellen einen Orientierungsrahmen für Kommunen dar. Spezifische Strategien müssen vor Ort entwickelt werden – sie ersetzen daher nicht die individuelle Betrachtung jeder einzelnen Kommune.

Bei den Empfehlungen wurde ein breites Spektrum an Handlungsfeldern in den Blick genommen und je nach Typ priorisiert. Besondere Schwerpunkte liegen aufgrund der aktuellen Entwicklungen bei den Themen „Geflüchtete“ und „Digitalisierung“.

[Demographietypisierung für Kommunen - Methodik](#)

1. Räumliche Einordnung

Zu Typ 6 gehören 531 Kommunen. In ihnen leben 10,8 Millionen Menschen, das sind 16 Prozent der Bevölkerung in Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern. Zahlreiche Kommunen liegen im Umland großer Zentren, einen weiteren erheblichen Anteil stellen Kreisstädte und Tourismusorte in ländlichen Regionen.

Lage der Kommunen des Typs 6

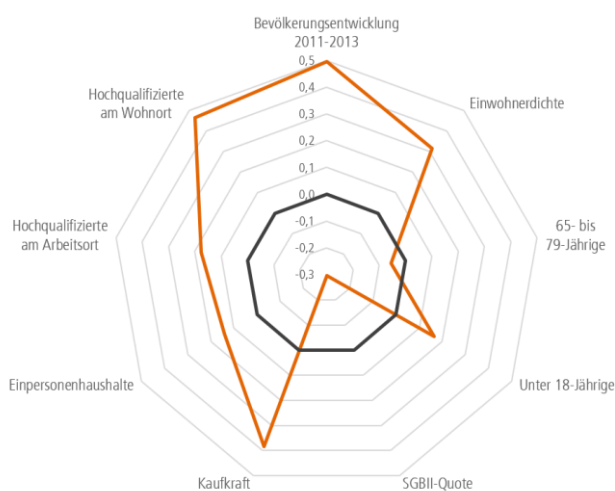


Kommunen des Typs 6 sind, mit der Ausnahme von Thüringen, in allen Flächenländern vertreten. Die meisten aber liegen in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie, in geringerem Umfang, in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. In Baden-Württemberg, Südhessen und Rheinland-Pfalz gehören besonders viele Kommunen zu diesem Typ.

Nördlich des Mains liegen die Kommunen des Typs 6 vorrangig im Umland von Großstädten und, mit Ausnahme von Westniedersachsen und Westfalen, kaum im ländlichen Raum. Im Süden dagegen sind sie dispers verteilt.

2. Charakteristika

Profil des Demographietyps 6



z-transformierte Ausgangsindikatoren der Typisierung

■ Mittelwert des Typ 6 ■ Durchschnittswert aller Typen

Quelle: www.wegweiser-kommune.de

BertelsmannStiftung

Die wichtigsten gemeinsamen Merkmale der Städte und Gemeinden in Typ 6 sind hohe Wanderungsgewinne, eine solide Einkommenssituation der Bewohner und geringe soziale Belastungen der Kommunen.

Jenseits dieser Gemeinsamkeiten ist Typ 6 sehr heterogen. Eine Untergruppe bilden die Kommunen mit einem städtischen Charakter, darunter sind sowohl regionale Zentren in ländlichen Räumen als auch Wirtschaftszentren in Agglomerationsräumen. Sie verfügen über relativ viele Arbeitsplätze und zeichnen sich im Vergleich zum Durchschnitt aller Kommunen in Typ 6 durch eine höhere Einwohnerdichte, höhere Anteile von Einpersonenhaushalten und eine größere soziale Heterogenität aus.

Dem stehen suburbane und ländliche Wohngemeinden gegenüber sowie touristisch geprägte Orte, die meisten in landschaftlich reizvollen Regionen, u. a. im Schwarzwald, am Bodensee und in Oberbayern. Diese Gemeinden sind weniger verdichtet, in stärkerem Maße familiengeprägt und wohlhabender.

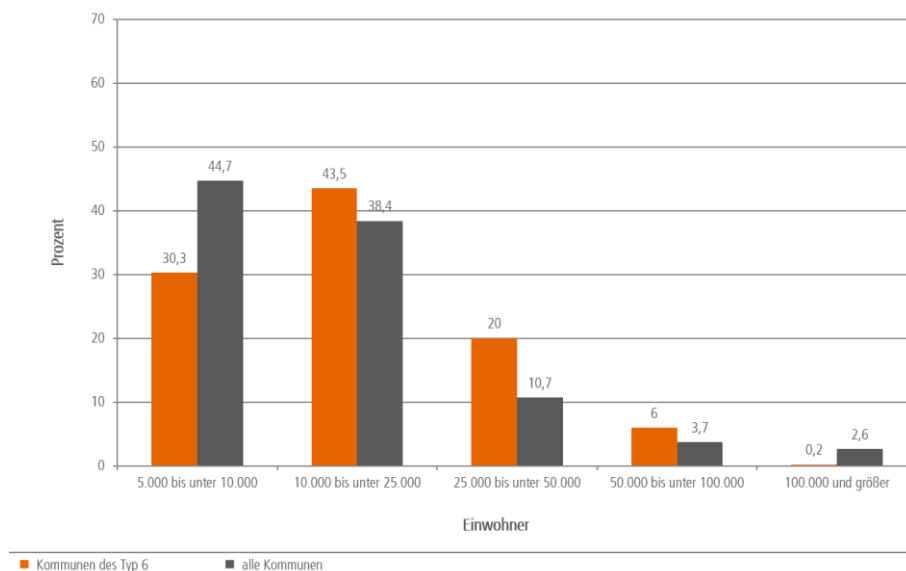
Mittelwerte und Standardabweichungen der Faktoren und Indikatoren des Typs 6

	Mittelwert Typ 6	Standardabweichung Typ 6	Mittelwert aller Kommunen	Standardabweichung aller Kommunen
Faktor: soziodemographischer Status	0,3	0,4	0	1,0
Faktor: Urbanität	0,5	0,3	0	1,0
Relative Bevölkerungsentwicklung 2011 bis 2013 (%)	0,9	1,1	0,1	1,6
Einwohnerdichte (Einwohner je km ²)	528	311	392	432
Anteil 65- bis 79-Jährige (%)	15,7	1,6	15,8	2,4
Anteil unter 18-Jährige (%)	16,9	1,1	16,6	2,1
SGB-II-Quote (%)	5,5	2,7	7,0	5,0
Kaufkraft privater Haushalte (Durchschnitt in Euro)	49.948	4.751	47.142	7.308
Anteil Einpersonenhaushalte (%)	35,9	3,1	35,1	5,3
Anteil Hochqualifizierte am Arbeitsort (%)	8,7	3,1	7,9	4,8
Anteil Hochqualifizierte am Wohnort (%)	11,9	3,0	9,8	4,6

Breites Spektrum von Städten und Gemeinden mittlerer Größe

In Typ 6 gibt es viele mittelgroße Kommunen. Den größten Anteil (44 %), stellen Städte und Gemeinden mit 10.000 bis 25.000 Einwohnern und weitere 26 Prozent haben mehr als 25.000 Einwohner. Besonders auffällig ist der hohe Anteil der Kommunen mit 25.000 bis 50.000 Einwohnern; er wird in keinem anderen Demographietyp auch nur annähernd erreicht.

Größenstruktur der Kommunen in Typ 6



Die größten Städte sind in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg konzentriert. Unter den 32 Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern befinden sich allein 19 in Nordrhein-Westfalen und weitere fünf in Baden-Württemberg. Dort liegt auch die einzige Großstadt dieses Typs, Heilbronn, mit 118.000 Einwohnern.

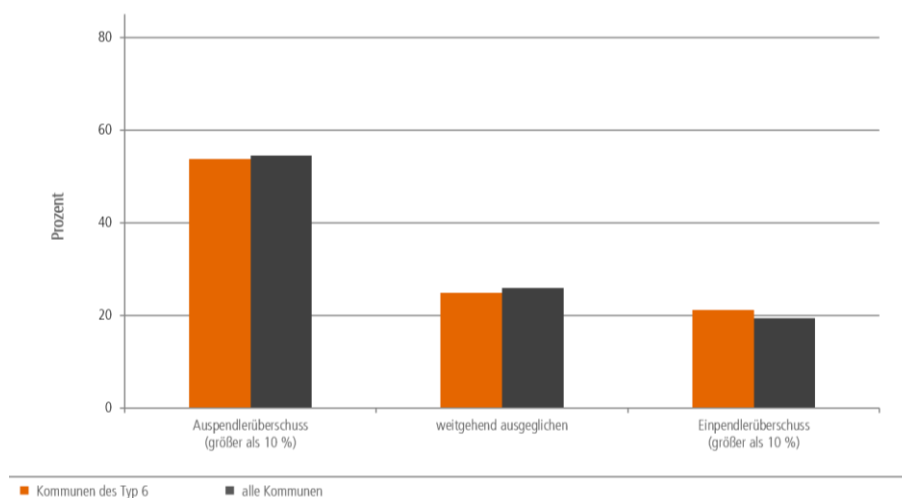
Arbeitsplatzzentren mit vielen Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte und Wohngemeinden mit hohen Auspendlerzahlen

Viele Kommunen in Typ 6 sind regional bedeutsame Wirtschafts- und Versorgungszentren, darunter zahlreiche Kreisstädte. Ein gutes Drittel hat eine Arbeitsplatzzentralität von über 1, d. h. die Zahl ihrer Arbeitsplätze übersteigt die der erwerbstätigen Einwohner. Dem stehen Wohngemeinden mit sehr geringem Arbeitsplatzbesatz gegenüber. Ein Viertel der Kommunen hat eine Arbeitsplatzzentralität von unter 0,5, also nicht einmal halb so viele Arbeitsplätze wie erwerbstätige Einwohner.

Entsprechend unterschiedlich sind die Pendlerquoten. Knapp die Hälfte der Kommunen hat einen ausgeglichenen Pendlersaldo oder sogar einen Einpendlerüberschuss von mehr als zehn Prozent. Gut die Hälfte weist einen Auspendlerüberschuss auf, der bei den meisten weit über 20 Prozent beträgt.

Zu den Kommunen mit besonders hohen Auspendlerüberschüssen gehören viele durch Suburbanisierung geprägte und z. T. relativ große Orte, deren Einwohner in hohem Maße das Arbeitsplatzangebot der Kernstädte nutzen. In den ländlichen Regionen handelt es sich dagegen vorwiegend um kleinere Gemeinden, häufig in landschaftlich attraktiven Regionen.

Kommunen des Typs 6 nach Pendlersalden 2013

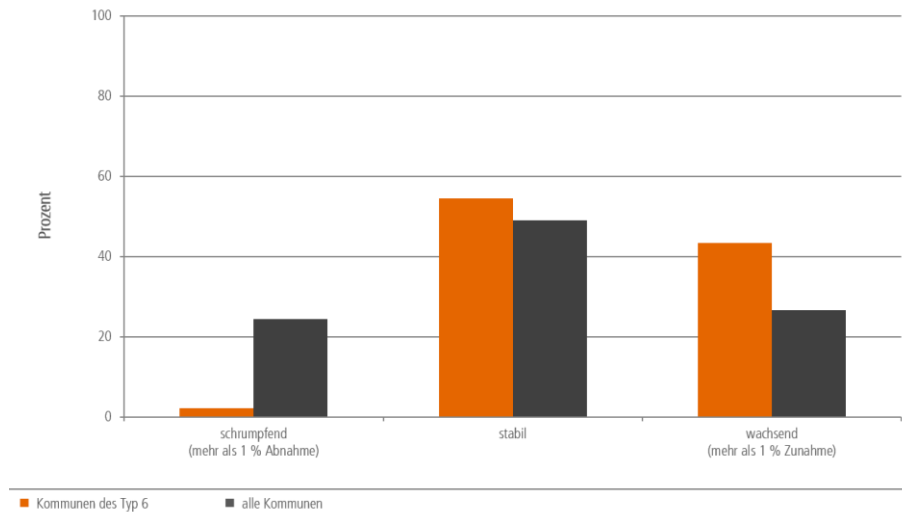


Die wirtschaftliche Situation der Städte und Gemeinden in Typ 6 ist weitgehend solide. Darauf verweist das überdurchschnittlich hohe Arbeitsplatzwachstum der letzten Jahre und, vor allem in den Arbeitsplatzzentren, der hohe Anteil von Arbeitsplätzen für hoch qualifizierte Arbeitskräfte.

Einwohnerwachstum durch Wanderungsgewinne bei Familien

Die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre verlief relativ dynamisch. Mehr als 40 Prozent der Städte und Gemeinden haben zwischen 2011 und 2013 Einwohner hinzugewonnen, mehr als die Hälfte hat ihre Einwohnerzahl weitgehend stabil gehalten. Bevölkerungsrückgänge gab es dagegen kaum.

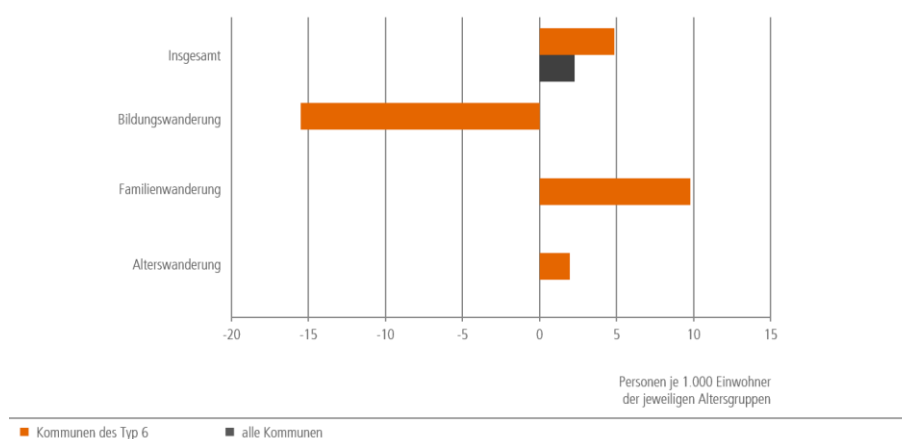
Kommunen des Typs 6 nach Bevölkerungsentwicklung 2011 bis 2013



Für die stabilen bzw. wachsenden Einwohnerzahlen der letzten Jahre sind vor allem die Wanderungsgewinne verantwortlich, die die natürlichen Verluste (mehr Sterbefälle als Geburten) kompensieren bzw. überkompensieren konnten.

Fast alle Städte und Gemeinden sind Zuzugsorte von Familien; die Hälfte hat in jüngster Zeit sogar jährlich mehr als ein Prozent ihrer Einwohner in den entsprechenden Altersgruppen (unter 18 Jahre und 30 bis 49 Jahre) durch Wanderungsgewinne hinzugewonnen.

Jährliche Wanderungssalden* in Kommunen des Typs 6



* gemittelt aus den Werten der Jahre 2010 bis 2013

Weniger eindeutig sind die Muster der Bildungswanderung und der Alterswanderung. Die meisten Kommunen verlieren junge Menschen, die für den Berufseinstieg, die Ausbildung oder das Studium abwandern. Über 70 Prozent verzeichneten in den Jahren 2011 bis 2013 Wanderungsverluste bei den 18- bis 24-Jährigen. Zu den Kommunen mit besonders hohen Verlusten durch Bildungswanderung gehören zahlreiche Wohngemeinden im Umland der großen Zentren.

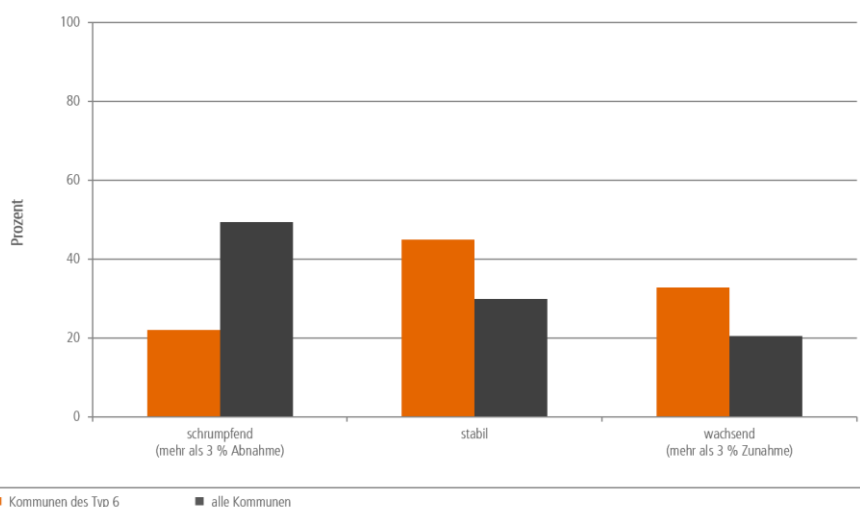
Aber es gibt in Typ 6 auch zahlreiche Zuzugsorte für junge Menschen. Ein Viertel der Städte und Gemeinden verzeichnete Wanderungsgewinne von meist mehr als drei Prozent pro Jahr. Zu diesen Kommunen gehören vor allem Mittelstädte und häufig Kreisstädte, die als regionale Wirtschaftszentren über ein großes Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen verfügen.

Eine Besonderheit von Typ 6 sind die relativ hohen Wanderungsgewinne in der Gruppe der über 65-Jährigen. Dabei fallen vor allem einzelne Altersruhesitze und Bäder vornehmlich in ländlichen Räumen im Süden Deutschlands sowie etliche Umlandgemeinden von Berlin und Hamburg als Zuzugsorte für ältere Menschen auf.

Zukünftig weniger Wachstum und mehr Schrumpfung bei moderater Alterung

Die weitere Bevölkerungsentwicklung verläuft voraussichtlich weniger dynamisch und immer weniger Kommunen werden die steigenden natürlichen Verluste durch Wanderungsgewinne ausgleichen können. Zwar erwartet die Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030 für ein Drittel der Städte und Gemeinden weiter steigende Einwohnerzahlen, für die meisten von ihnen sogar Wachstumsraten von über fünf Prozent. Dem stehen aber gut 20 Prozent der Kommunen gegenüber, für die mit rückläufigen Einwohnerzahlen gerechnet wird; unter ihnen sind viele Städte in Nordrhein-Westfalen und überproportional viele kleine ländliche Gemeinden.

Bevölkerungsentwicklung 2012 bis 2030 in den Kommunen des Typs 6



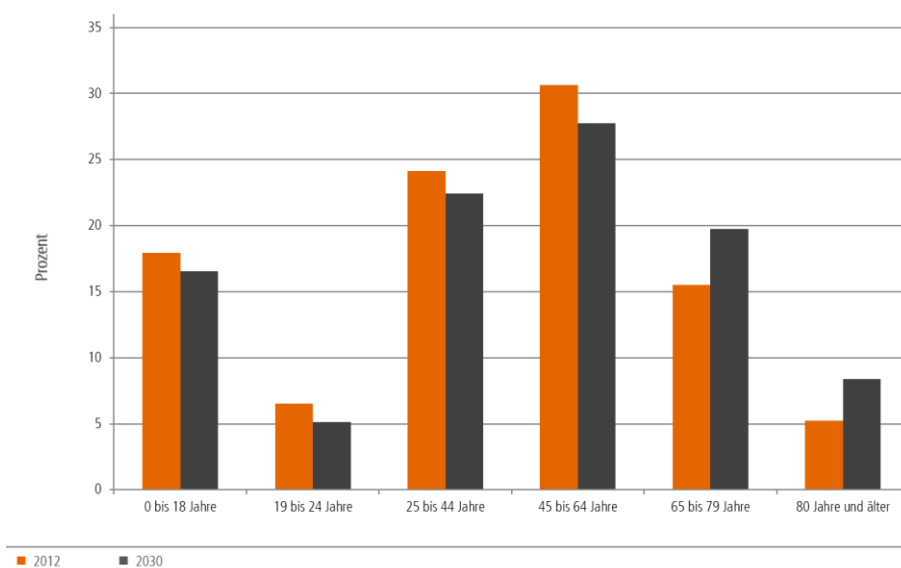
Trotz der nachlassenden Dynamik ist die Bevölkerungsvorausberechnung für die Kommunen des Typs 6 viel positiver als für den Durchschnitt der Kommunen. Das gilt auch für die Alterung der Bevölkerung.

Medianalter 2013 und 2030 in den Kommunen des Typs 6

	Kommunen des Typs 6	Alle Kommunen
Durchschnittliches Medianalter 2013	46	47
Durchschnittliches Medianalter 2030	49	51

Derzeit liegt das mittlere Alter (Median) leicht unter dem Durchschnitt aller Städte und Gemeinden. Bis 2030 wird es voraussichtlich um drei Jahre auf dann 49 Jahre ansteigen. Damit wären die Kommunen von Typ 6 weiterhin relativ jung.

Altersstruktur 2012 und 2030 in den Kommunen des Typs 6



Dennoch wird es zu erheblichen Verschiebungen zwischen den Altersgruppen kommen. Die Zahl und die Anteile der Älteren wachsen weiter an, während die Jüngeren immer weniger werden. Rückläufige Geburtenzahlen und die Abwanderung junger Erwachsener führen dazu, dass der Nachwuchs weiter schrumpft.

Solide sozioökonomische Situation der Bevölkerung

Typ 6 repräsentiert Kommunen mit einer weitgehend soliden sozialen und Einkommenssituation. Die Kaufkraft der Privathaushalte ist etwas höher als im Durchschnitt aller neun Typen und Akademiker (Hochqualifizierte am Wohnort) ebenso wie Haushalte mit einem hohen Einkommen sind leicht überdurchschnittlich vertreten. Die Armutsquoten (als Anteil der Einwohner, die SGB-II-Leistungen beziehen,

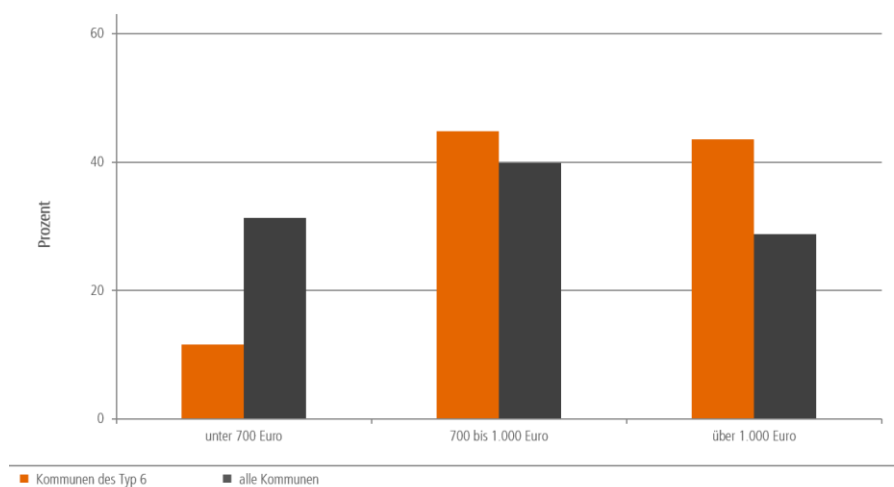
und als Anteil der Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften leben) und Arbeitslosenquote liegen dagegen etwas niedriger.

Allerdings gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Kommunen. In zahlreichen kleineren Wohnge- meinden im Umland der Großstädte sind der soziale Status und die Kaufkraft z. T. sehr hoch. Dagegen haben die größeren Städte häufig eine heterogene Sozial- und Einkommensstruktur und höhere Anteile von Haushalten in prekärer ökonomischer Lage. Zudem gibt es regionale Unterschiede: Armuts- und Ar- beitslosenquoten sind im Süden niedriger, im Westen, wo besonders viele größere Städte aus Typ 6 lie- gen, höher.

Solide finanzielle Situation der Kommunen

Die Städte und Gemeinden in Typ 6 haben eine relativ hohe Steuerkraft und aufgrund geringer Armuts- quoten vergleichsweise geringe soziale Belastungen. Die Wirtschaftszentren erzielen durch ihre Einnah- men aus der Gewerbesteuer deutlich höhere Steuereinnahmen als die Wohngemeinden, doch auch diese haben meist noch eine mittlere Steuerkraft.

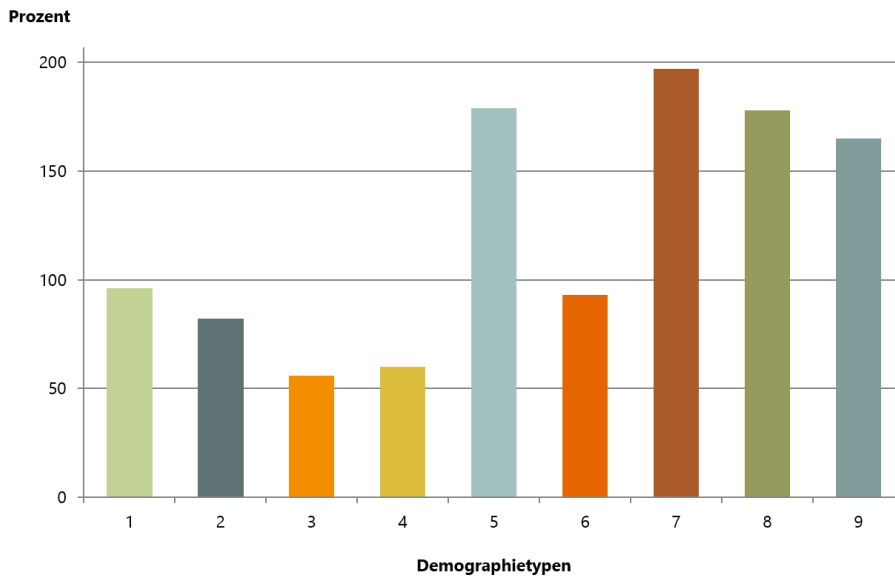
Jährliche Steuereinnahmen pro Einwohner* in den Kommunen des Typs 6



* gemittelter Wert aus den Jahren 2010 bis 2013

Hohe Steuereinnahmen und geringe soziale Belastungen sind der Grund für die vergleichsweise solide Finanzsituation der Kommunen in Typ 6. Im Mittel belaufen sich ihre Schulden in den kommunalen Kern- haushalten auf gut 90 Prozent der jährlichen Steuereinnahmen. Mit diesem Wert nehmen sie eine mitt- lere Position unter allen Demographietypen ein; die meisten Kommunen sollten somit Handlungsspiel- räume für die Gestaltung des demographischen Wandels haben.

Schulden als Anteil der Steuereinnahmen 2013 nach Demographietypen



Allerdings ist die Spreizung sehr groß. Die Hälfte der Städte und Gemeinden ist mit maximal 30 Prozent ihrer Steuereinnahmen verschuldet, ein Viertel dagegen mit mehr als 130 Prozent. Zur ersten Gruppe gehören überproportional viele Kommunen aus dem Süden Deutschlands sowie die meisten Umlandgemeinden von Berlin. Die hoch verschuldeten Städte sind in Nordrhein-Westfalen und Hessen konzentriert.

3. Herausforderungen

Die Kommunen des Typs 6 sind wirtschaftlich und demographisch solide aufgestellt. Sie profitieren von hohen Zuwanderungszahlen; viele haben wichtige Funktionen als Versorgungs- oder Tourismuszentren. Sie müssen jedoch mit nachlassenden Wanderungsgewinnen und zunehmenden Geburtendefiziten rechnen. Überall werden die Zahl und der Anteil der Familien weiter zurückgehen und die gesellschaftliche Alterung deutlich zulegen, in vielen Kommunen wird es zu Stagnation oder sogar zum Rückgang der Einwohnerzahlen kommen. Diese Perspektive konfrontiert die Städte und Gemeinden mit einer Reihe von Herausforderungen:

Planvolle Gestaltung des demographischen Wandels: Eine grundlegende Herausforderung besteht darin, Strategien für einen planvollen Umgang mit den absehbaren demographischen Veränderungen zu entwickeln und sie in die Konzepte zur Ortsentwicklung zu integrieren. Dazu müssen sich die Kommunen Klarheit über die Folgen des demographischen Wandels verschaffen und darüber verständigen, wo ihre endogenen Potenziale und Stärken liegen und wie sie diese erhalten und besser zur Geltung bringen können.

Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit: Der weitere wirtschaftliche Erfolg der regionalen Wirtschafts- und Versorgungszentren wird davon abhängen, ob sie ihr Profil als Zentrum schärfen, ihre zentralörtlichen Funktionen ausbauen und ihre weichen Standortqualitäten an steigende Anforderungen anpassen

können. Damit sind sie gefordert, ihr Entwicklungspotenzial gezielt zu nutzen und auch zukünftig für ein ausreichendes Angebot an Fachkräften zu sorgen.

Entwicklungspotenziale der Informations- und Kommunikationstechnologie nutzen: Die Informations- und Kommunikationstechnologien bieten vielfältige Ansatzpunkt zur Steigerung der kommunalen Leistungsfähigkeit und zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Als Innovationstreiber eröffnen sie zudem der lokalen und regionalen Wirtschaft neue Tätigkeits- und Wachstumsfelder. Um diese Entwicklungspotenziale zu nutzen, sollten Politik und Verwaltung die intelligente Vernetzung ihrer Kommune vorantreiben

Anpassung der Siedlungsentwicklung an die demographische Perspektive: Bei stagnierenden oder schrumpfenden Einwohnerzahlen führt die Erschließung neuer Baugebiete „auf der grünen Wiese“ dazu, dass die Einwohnerdichte sinkt und die Infrastrukturkosten in die Höhe getrieben werden. Die Kommunen sind also gefordert, ihre Siedlungsentwicklung an ihrer demographischen Entwicklung auszurichten und auf die Innenentwicklung zu orientieren.

Sicherung der Attraktivität als Wohnstandort: Um im wachsenden Wettbewerb um junge Bewohner und Arbeitskräfte mithalten zu können, muss die Wohn- und Lebensqualität den Vorstellungen der zunehmend unterschiedlichen Haushalts- und Lebensstiltypen entsprechen. Vorrangig geht es dabei um ein vielfältiges Wohnraumangebot mit guter wohnungsnaher Infrastrukturversorgung. Daneben spielen aber auch Bereiche wie Bildung, Kultur und Mobilität sowie die Unterstützung von Familien bei der Bewältigung des Alltagslebens eine wichtige Rolle. Insbesondere die Wohngemeinden müssen sich darauf einstellen, dass sich ihre Attraktivität als Wohnstandort nicht nur durch die Bereitstellung günstigen Baulands für Familienheime sichern lässt und dass sie Wege finden müssen, die hohen Wanderungsverluste unter den jungen Menschen einzudämmen.

Sicherung der Lebensqualität älterer Menschen: Die wachsende Zahl älterer Menschen stellt die Kommunen vor die Herausforderung, ihre Infrastrukturangebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Unterstützung einer selbstständigen Lebensführung bis ins hohe Alter auszubauen. Dazu muss die kommunale Seniorenpolitik berücksichtigen, dass Interessen, Fähigkeiten und Bedarfe älterer Menschen sehr unterschiedlich sind und sich im Laufe des dritten und vierten Lebensabschnitts verändern.

Unterbringung und Integration von Migranten und Flüchtlingen: Die Organisation von Unterkünften und Wohnraum für Flüchtlinge sowie ihre soziale Betreuung ist für Politik und Verwaltung der Kommunen eine immense Herausforderung. Die Zuwanderungen sollten dennoch als Chance für eine Verjüngung der Bevölkerung und Vergrößerung des Arbeitskräfteangebots verstanden werden. Dies verlangt allerdings eine schnelle Integration der Migranten und Flüchtlinge und erfordert kurzfristig Maßnahmen in vielen kommunalen Handlungsfeldern. Zugleich werden die Kommunen für politische Akzeptanz werben müssen, um den Zusammenhalt der lokalen Gesellschaft zu sichern.

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements: Bürgerschaftliches Engagement gewinnt eine wachsende Bedeutung für die Zukunftsgestaltung. Durch ehrenamtliche Tätigkeiten werden vielfältige Leistungen gesichert, der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft und die Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnort erhöht. Die Kommunen sind daher gefordert, die Mitwirkungsbereitschaft und die Kreativität ihrer Bürger für die Ortsentwicklung zu nutzen und dafür neue Formen der Beteiligung und der Mitgestaltung zu entwickeln.

Ausbau der Kooperationskultur: Überlokale Abstimmungen in zentralen Handlungsfeldern, wie Wohnen, Arbeit, Infrastrukturversorgung oder öffentlicher Nahverkehr, sind eine wichtige Voraussetzung für die Ortsentwicklung. Kooperationen mit privaten Akteuren werden bei einer Bearbeitung der Herausforderungen eine wichtigere Rolle spielen müssen. Die Kommunen sind folglich gefordert, die regionale Kooperation und die Zusammenarbeit mit Partnern auszubauen.

4. Potenziale

Die Städte und Gemeinden des Typs 6 befinden sich aufgrund ihrer demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in einer günstigen Ausgangslage, die erforderlichen Anpassungen zu leisten:

- Die Bevölkerungsentwicklung hat bisher nur zu wenigen akuten Probleme geführt; dadurch ergeben sich viele Handlungsspielräume und Möglichkeiten, zu agieren statt nur zu reagieren.
- Durch ihre Größe bzw. ihre Funktion als Kreisstadt verfügen die meisten Kommunen über personelle Ressourcen und fachliches Know-how in der Verwaltung sowie über zahlreiche Partner für die anstehenden Gestaltungsprozesse.
- Hohe Wanderungsgewinne bei Familien verweisen auf eine hohe Wohnqualität und ein familien- und kinderfreundliches Umfeld. Damit verfügen die Kommunen über eine gute Grundlage für eine weiterhin günstige demographische Entwicklung.
- Die Kommunen haben weitere wirtschaftliche Entwicklungspotenziale. Die Kreisstädte und die anderen regionalen Zentren sind gut mit Infrastrukturangeboten ausgestattet; dieser Standortvorteil wird sich mit zunehmender Konzentration und Zentralisierung noch vergrößern. Die Ferienorte und die Kurorte mit touristischer Tradition können ihre Angebote in einer alternden und zunehmend gesundheitsbewussten Gesellschaft ausbauen. Und die suburbanen Wohngemeinden werden weiterhin davon profitieren, dass sie Teile wachstumsstarker Metropolregionen sind.
- Die solide Finanzausstattung der öffentlichen Haushalte eröffnet vielfältige Handlungsmöglichkeiten.

5. Handlungsansätze und Empfehlungen

Die Kommunen verfügen über eine hohe Standortattraktivität und beträchtliche Entwicklungspotenziale. Um ihre Attraktivität behalten und die Potenziale nutzen zu können, müssen sie aber ihre weichen und harten Standortfaktoren aufwerten und den steigenden Anforderungen an die Bildungs-, Wohn- und Umweltqualität gerecht werden.

Ein unmittelbarer Handlungsbedarf leitet sich in diesem Zusammenhang aus der demographischen Entwicklung ab. Er entsteht zum einen durch das nachlassende Bevölkerungswachstum, mehr aber durch Veränderungen der Alters- und der Haushaltsstruktur.

Die Kommunalpolitiker dürfen sich durch die relativ gute Position ihrer Städte und Gemeinden nicht zum Abwarten verleiten lassen. Um die Wohn- und Lebensqualität langfristig zu sichern, bedarf es einer weit-sichtigen und proaktiven Entwicklungssteuerung und Anpassungsplanung. Ausgehend von den Herausforderungen sollten sich die Kommunen dabei mit den folgenden Handlungsfeldern auseinandersetzen:

- Demographiestrategie entwickeln
- Wettbewerbsfähigkeit stärken

- Wohn- und Lebensqualität erhalten und ausbauen
- Stadt- und Ortsentwicklung auf Bestandsqualifizierung orientieren
- Bedarfsgerechte Wohnraumversorgung sichern
- Infrastrukturen demographiefest machen
- Bürgerschaftliches Engagement stärken
- Nachhaltige Entwicklung durch Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützen
- Flüchtlinge und Zuwanderer integrieren
- Kooperationskultur ausbauen

Die Ausgangsbedingungen, Potenziale und Ressourcen sind in den Kommunen unterschiedlich ausgeprägt. Für alle ist es aber notwendig, frühzeitig die Folgen der demographischen Entwicklung in längerfristigen Handlungskonzepten zu berücksichtigen. Die folgenden Empfehlungen sollen dafür eine Orientierung geben. Allerdings muss jede Kommune ihre eigene Strategie entwickeln, Prioritäten festlegen und auf der Grundlage ihrer Rahmenbedingungen die Handlungsansätze und Maßnahmen spezifizieren.

5.1. Demographiestrategie entwickeln

Die Städte und Gemeinden müssen auf die nachlassende Dynamik des Einwohnerwachstums, die Alterung ihrer Einwohner und die zunehmende soziale und ethnische Vielfalt mit weitsichtigen Gestaltungskonzepten reagieren. Dabei ist es wichtig, die demographische Trendwende anzuerkennen und zwischenzeitliche Entwicklungen, wie erhöhte Zuwanderungen aus dem Ausland oder eine Erhöhung der Zahl der Geburten, nicht als das Wiedereinsetzen eines längerfristigen Bevölkerungswachstums zu interpretieren. Vielmehr sollten die Städte und Gemeinden sich offensiv den Herausforderungen stellen und gemeinsam mit regionalen und lokalen Akteuren eine Demographiestrategie erarbeiten. Diese Strategie sollte auf den folgenden Elementen aufbauen:

Klarheit über Entwicklungstrends herstellen

Eine wichtige Voraussetzung für Erfolg versprechende Steuerungsprozesse sind belastbare Grundlageninformationen über lokale und regionale Entwicklungen. Dabei ist es angebracht, die Bevölkerungs- und Altersstrukturentwicklung möglichst kleinräumig zu erfassen und die Effekte der demographischen Entwicklung für die unterschiedlichen kommunalen Handlungsfelder zu antizipieren. Das reicht von der Kapazitätsauslastung der Schulen bis zum Wohnraumbedarf.

Hilfreich für eine kontinuierliche Beobachtung der demographischen Entwicklung und ihrer Effekte sind Monitoringsysteme, mit denen sich die örtliche Situation und Perspektive zeitnah erfassen lassen. Der Aufwand für die Einrichtung von Monitoringsystemen hat sich in den letzten Jahren erheblich verringert. So bietet die Bertelsmann Stiftung im „Wegweiser Kommune“ eine umfassende Sammlung von Daten und Informationen für alle Kommunen über 5.000 Einwohner an und fast alle Bundesländer veröffentlichen regelmäßig Bevölkerungsanalysen und Prognosen, häufig auch regionalisierte Sozial- und Wohnungsmarktberichte.

Öffentlichkeit für Herausforderungen sensibilisieren

Voraussetzung für eine erfolgreiche Gestaltung des demographischen Wandels ist die Einsicht, dass Anpassungs- und Steuerungsmaßnahmen vonnöten sind. Nur wenn die Herausforderungen von der Öffentlichkeit anerkannt werden, kann die Politik davon ausgehen, dass z. T. unpopuläre Anpassungsmaßnahmen akzeptiert werden. Daher müssen die Städte und Gemeinden offensiv über Entwicklungstrends und Perspektiven informieren und die lokale Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für die Herausforderungen des demographischen Wandels sensibilisieren.

Ziele und Prioritäten festlegen

Elementare Bausteine einer kommunalen Demographiestrategie sind klar definierte Ziele. Sie sollten im Dialog mit den lokalen und regionalen Akteuren sowie Bürgern entwickelt und vereinbart werden. Dabei ist es wichtig, sowohl die Herausforderungen zu benennen als auch die Stärken und Potenziale für die Eigenentwicklung einzubeziehen.

Handlungs- und Maßnahmenkonzept entwickeln

Die Entwicklungsziele bilden den Rahmen für ein Handlungs- und Maßnahmenkonzept, das längerfristig ausgerichtet ist, Prioritäten und Schwerpunkte benennt und einen Zeitplan für die Umsetzung beinhaltet. Dabei müssen die Kommunalfinanzen und der kommunale Handlungsspielraum einbezogen und die Handlungsansätze fach- und ressortübergreifend behandelt werden.

In größeren Städten bietet sich der Aufbau eines Demographiemangements an. Es wäre zuständig für die Herstellung verwaltungsinterner Transparenz und für die ressortübergreifende Abstimmung und Kooperation bei der Umsetzung von Maßnahmen. Weitere Aufgaben wären die regelmäßige Überprüfung der Entwicklungsziele, die Evaluation der Maßnahmen und die Öffentlichkeitsarbeit. In kleineren Gemeinden, in denen Abstimmungsprozesse eher zum Verwaltungsalltag gehören, sollte die Verwaltungsspitze diese Aufgaben übernehmen.

Externe Unterstützung einfordern

Nicht alle Kommunen verfügen über die Ressourcen oder das erforderliche Know-how, ein Handlungs- und Maßnahmenkonzept zu entwickeln. Die kleineren Städte und Gemeinden sollten sich deshalb der Unterstützung der Landkreise oder externer Institutionen bedienen oder sich ggf. mit Nachbarkommunen, die vor vergleichbaren Herausforderungen stehen, zusammentun. Alle Kommunen sollten prüfen, welche Landes-, Bundes- und EU-Programme bzw. Modellvorhaben und Angebote landes- und bundesweiter Initiativen sie für die Verwirklichung ihrer Ziele nutzen können.

5.2. Wettbewerbsfähigkeit stärken

Viele der Städte und Gemeinden sind Wirtschafts- und Versorgungszentren, zahlreiche zudem durch eine hochwertige Wirtschaftsstruktur geprägt. Diese Stellung gilt es im regionalen und nationalen Wettbewerb um Investitionen und Fachkräfte zu halten und zu stärken.

Damit besteht eine wichtige Zukunftsaufgabe der Kommunen darin, ihre Entwicklungspotenziale gezielt zu nutzen, ihre zentralen Einrichtungen zu qualifizieren und ihre harten und weichen Standortqualitäten aufzuwerten. Das verlangt eine strategische Orientierung der Wirtschaftsförderung, die in vielen Feldern aktiv sein und erhaltend, initiiierend, fördernd und vernetzend wirken muss.

Weiche Standortfaktoren stärken

Mit dem zunehmenden Wettbewerb um „kluge Köpfe“ wachsen die Anforderungen an weiche Standortfaktoren. Im Vordergrund stehen dabei das Wohnraumangebot und die Qualität von Bildungs- und Kulturangeboten. Aber auch die Attraktivität des Stadt- bzw. Ortszentrums und des öffentlichen Raums sowie das soziale und kulturelle Zusammenleben spielen im Ranking der Städte eine große Rolle. Voraussetzung für eine Erfolg versprechende Standortpolitik ist es daher, dass sich die Städte und Gemeinden über ihre Schwachpunkte in diesen Bereichen und über die Schwerpunkte für Maßnahmen zur Sicherung und Aufwertung der Wohn- und Lebensqualität klar werden. Ein Ziel dabei sollte sein, den Verlust von Kreativitäts- und Innovationspotenzial durch die Abwanderung gut gebildeter junger Menschen zu begrenzen.

Gewerbebestand pflegen

Neben der Sicherung der weichen Standortqualitäten ist die Bestandspflege eine wichtige Aufgabe der Kommunen. Es sind vor allem „Bestandsbetriebe“, die wachsen und neue Arbeitsplätze schaffen. Dazu gehören die zahlreichen kleinen und mittelgroßen Unternehmen des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes, des Handels und einfacher Dienstleistungen. Die kommunale Wirtschaftsförderung muss es als eine vorrangige Aufgabe sehen, diese Betriebe zu sichern und zu erhalten und sie in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung bei Flächen- und Standortproblemen zu unterstützen und zu beraten.

Fachkräftepotenzial sichern

Im Rahmen der Bestandspflege müssen auch die Folgen des demographischen Wandels thematisiert werden. Da die Arbeitskräfte altern und der Nachwuchs schrumpft, wird es überall schon mittelfristig schwieriger, Ausbildungsplätze und Stellen für qualifizierte und hoch qualifizierte Arbeitskräfte zu besetzen. Die kommunale Wirtschaftsförderung sollte sich deshalb des Themas „demographischer Wandel“ beizeiten annehmen. Dazu gehören die folgenden Maßnahmen:

- die ansässigen Unternehmen für die Herausforderungen durch den demographischen Wandel sensibilisieren und sie bei der Entwicklung von Anpassungsstrategien unterstützen

- mit Bildungseinrichtungen und Verbänden kooperieren, um Angebot und Qualität der beruflichen und fachlichen Ausbildung zu erhöhen und den Übergang von der Schule in den Beruf zu unterstützen
- gemeinsame Aktivitäten von örtlichen Unternehmen und Schulen organisieren, um Schülern das Spektrum an Ausbildungsoptionen aufzuzeigen und die Berufspraxis näher zu bringen
- betriebsübergreifenden Informations- und Wissenstransfer zum Umgang mit älteren Belegschaften organisieren (z. B. präventive Gesundheitsförderung, Weiterqualifizierung, Austausch zwischen älteren und jüngeren Arbeitskräften)
- Betriebe zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beraten (z. B. Kinderbetreuungsmöglichkeiten, flexible Arbeitszeitmodelle)

Strukturwandel und Modernisierung der Wirtschaft fördern

Zu den Aufgaben der Wirtschaftsförderung gehört auch die Unterstützung bei der Modernisierung der Wirtschaft. Dafür müssen die Stärken und Potenziale zum Ausbau der wirtschaftlichen Basis erkannt und genutzt und insbesondere in den ländlichen Regionen der Strukturwandel vorangetrieben werden.

Dazu sollten sich die Kommunen auf Potenzialanalysen für die Regionalwirtschaft stützen und auf dieser Grundlage die Schwerpunkte ihrer Förderpolitik festlegen. Bei den Maßnahmen sollte es ihnen vor allem darum gehen,

- für eine IT-Infrastruktur am Ort zu sorgen, die den Anforderungen der Wirtschaft genügt,
- lokale und regionale Wertschöpfungsketten über die Vernetzung von Betrieben anzuregen,
- Unternehmensgründungen und Ansiedlungen zu unterstützen sowie
- den Wissenstransfer aus Wissenschaft und Hochschulen in die Betriebe zu beschleunigen.

Für die Kommunen im Umland großer Kernstädte bieten sich durch die technologischen Innovationen zudem vielfältige Möglichkeiten, die Vorteile des Wirtschaftszentrums für sich zu nutzen. Zum Beispiel lassen sich viele hoch qualifizierte Tätigkeiten vom Wohnstandort aus durchführen. Die Kommunen sollten diese Potenziale nutzen und durch eigene Maßnahmen verstärken. So könnten sie z. B. ihre Standortattraktivität für Selbstständige und Start-ups durch die Initiierung und Förderung von CoWorking Centers erhöhen. Eine solche Einrichtung mit hochwertiger technischer und insbesondere digitaler Infrastruktur, ergänzt um eine qualitätsvolle Kinderbetreuung und ggf. eine Tagespflege, würde Arbeitskräften das tägliche Pendeln in die Kernstadt oder an einen anderen Ort im Wirtschaftsraum ersparen und damit den Wohnstandort attraktiver machen. Eine weitere Möglichkeit wäre, in Mischgebieten attraktive Angebote von Wohnen und Arbeiten unter einem Dach zu entwickeln.

Potenziale der gesellschaftlichen Alterung nutzen

Wirtschaftliches Wachstumspotenzial steckt auch in der Alterung der Bevölkerung. Die Kaufkraft von Senioren ist nach wie vor relativ hoch und die lokale Wirtschaft kann diesen Markt durch die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen für ältere Menschen nutzen. Die Kommunen können Impulse geben und darauf hinwirken, dass die medizinischen und Gesundheitsdienstleistungen sowie die Pflege- und Sozialdienstleistungen ausgebaut und aufgewertet werden. Sie können zudem den Neubau und Umbau

altersgerechter Wohnungen mit angeschlossenen Serviceeinrichtungen anregen sowie selbst dafür sorgen, dass Angebote für Beratung, Freizeit, Bildung und Kultur für die Zielgruppe der Älteren entwickelt und qualifiziert werden.

Die Kommunen in den touristisch attraktiven Regionen sollten ihr Profil weiter schärfen, indem sie sich auf Zielgruppen ausrichten und spezielle Angebote für deren spezifische Bedarfe entwickeln, also z. B. Kultur-, Bildungs- oder Wellnessangebote für ältere Menschen.

Insbesondere die Städte und Gemeinden, die als Altersruhesitz attraktiv sind, müssen, um diese Attraktivität zu erhalten, den Seniorenmarkt gut beobachten. Dazu gehört, die Angebote an die Ansprüche und Bedürfnisse der Zielgruppen anzupassen und zu berücksichtigen, dass sich in neuen Generationen älterer Menschen auch neue Nachfragemuster durchsetzen. In diesem Kontext bietet sich z. B. die Förderung von Unterstützungstechnologien zur Versorgung allein lebender oder pflegebedürftiger Personen an.

Wirtschaftsförderung aufwerten

Insbesondere die regionalen Wirtschaftszentren sollten die Leistungsfähigkeit ihrer Wirtschaftsförderung überprüfen und sie ggf. personell und organisatorisch stärken. Aber auch die Wohngemeinden sollten ihre Wirtschaftsförderung aufwerten, um ihre wirtschaftliche Basis zu stärken.

Regionale Zusammenarbeit ausbauen

Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Ausbau der wirtschaftlichen Basis erfordert für alle Städte und Gemeinden regionale und interkommunale Zusammenarbeit. In der Regel hängt die Zukunftsperspektive der einzelnen Kommunen in hohem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Region ab. Viele wirtschaftsfördernde Maßnahmen sind nur sinnvoll, wenn Ressourcen gebündelt und Lösungen auf der regionalen Ebene und durch Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Wirtschaft und weiteren Kooperationspartnern (insb. Bildungsträgern, Gesundheitseinrichtungen) gesucht werden. Die Wirtschaftsförderung muss also, ausgehend von der eigenen Kommune, grundsätzlich regional abgestimmt handeln.

Im ländlichen Raum fällt den Kreisstädten bzw. den größeren Städten häufig eine unterstützende Rolle bei der Nutzung regionaler Potenziale zu. Kleinere Kommunen können die Möglichkeiten, die z. B. die IT-Nutzung, die Umorientierung in der Energiegewinnung auf nachwachsende Rohstoffe oder die wachsende Wertschätzung von regionalen Produkten bieten, oftmals nur im interkommunalen Verbund realisieren. Die größeren Städte sollten dabei Verantwortung für die Region übernehmen und in Abstimmung mit den kleineren Kommunen für diese Aufgaben eigene Ressourcen einsetzen.

5.3. Wohn- und Lebensqualität erhalten und ausbauen

Die meisten Städte und Gemeinden sind beliebte Wohnstandorte und ihre dynamische Bevölkerungsentwicklung ist eine Folge hoher Zuwanderungsraten. Mit der Alterung der Gesellschaft werden die Zuwanderungspotenziale aber geringer, damit steigt die interkommunale Konkurrenz um Bewohner im Allgemeinen und um junge Familien im Besonderen.

Durch die wachsende Wertschätzung städtischen Wohnens und wohnungsnaher Infrastrukturausstattung haben die Mittelstädte gute Ausgangsbedingungen in diesem Wettbewerb. Die Umlandgemeinden und die kleineren ländlichen Kommunen müssen sich allerdings darauf einstellen, dass die Suburbanisierungs- und Desurbanisierungskräfte schwächer werden und die Bereitstellung günstigen Baulands für junge Familien kein Erfolg versprechendes Entwicklungsmodell mehr ist. Sie sind stattdessen mehr denn je gefordert, die hohe Abwanderung junger Menschen zu dämpfen.

Das Spektrum der Handlungsfelder zur Sicherung und Aufwertung der Lebensqualität und zur Bindung von Bewohnern ist breit und unterscheidet sich nach den Rahmen- und Ausgangsbedingungen der Kommunen. Für alle aber gilt, dass sie ihre Orientierung auf die Zielgruppe Familien beibehalten, gleichzeitig aber berücksichtigen müssen, dass sich die Einwohner- und Haushaltsstrukturen ändern und damit die Vorstellungen von Wohnqualität wandeln.

Mobilitätsangebote qualifizieren

Die Städte und Gemeinden müssen sich zukünftig verstärkt um die Sicherung und den Ausbau von Mobilitätsangeboten kümmern. Berufs- und Ausbildungspendlerverkehre werden ebenso wie Freizeitverkehre weiter zunehmen. Gleichzeitig wächst mit der gesellschaftlichen Alterung die Zahl der nicht motorisierten Einwohner und unter den Jüngeren gewinnen Mobilitätsformen jenseits des privaten PKW an Attraktivität. Schon derzeit kommt dem öffentlichen Personenverkehr eine große Bedeutung bei der Wohnstandortwahl und der Bewertung von Standortattraktivität zu.

Um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, müssen sich die Kommunen für eine optimale Anbindung an den öffentlichen Regionalverkehr (Makroverkehr) einsetzen, für ihre innerörtliche Erschließung (Mikroverkehr) den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), das Carsharing und das Fahrradfahren fördern und die Vernetzung von Mikro- und Makroverkehr verbessern. Mit der Stärkung umweltfreundlicher Verkehre lassen sich gleichzeitig die örtlichen Belastungen hinsichtlich Lärms, Luftverschmutzung und Belegung des öffentlichen Raums zurückzudrängen.

Auch wenn die meisten Städte und Gemeinden wenig direkten Einfluss auf überlokale öffentliche Verkehrsangebote haben, muss ihr Bestreben sein, die Abstimmung der lokalen mit regionalen und überregionalen Verkehren und die Vernetzung verschiedener Mobilitätsformen zu verbessern. Für die größeren Städte bietet sich dafür die Entwicklung von Mobilitätsstationen an, in denen ÖPNV-Haltepunkte, Fahrradverleih und Carsharing an einem Standort gebündelt sind und der bequeme Wechsel zwischen den Verkehrsmitteln stattfinden kann.

Zur Verbesserung der innerörtlichen Situation sollten die Kommunen überprüfen, welche Anpassungs- und Aufwertungsmaßnahmen für eine zukunftsorientierte Mobilitätssicherung erforderlich sind, und dabei

jeweils auf die Bedarfe spezieller Nutzergruppen, wie Kinder und Jugendliche, hochbetagte Menschen und Berufstätige, in den Tourismusgebieten auch auf die der Besucher achten.

Im Ergebnis werden sie nicht umhinkommen, den öffentlichen Personenverkehr zu stärken und die Infrastruktur für Rad- und Fußgängerverkehr aufzuwerten. Neben dem Ausbau attraktiver Wegeverbindungen verlangt das eine schlüssige Netzplanung für den Radverkehr. Darüber hinaus sollten Service- und Ladestationen für Elektrofahrräder und Pedelecs und geschützte Stellplätze und Unterstellboxen im Ortszentrum und an Haltestellen des Regionalverkehrs eingerichtet werden. Um die Akzeptanz für Elektroautos zu erhöhen, muss zudem auch das System der Ladestationen für Autos ausgebaut werden.

In Städten und Gemeinden bzw. in Ortteilen, in denen kein leistungsstarkes ÖPNV-System gesichert ist, müssen flexible Angebote für die nicht automobilen Bewohner (wie Anrufbusse oder -taxen, ehrenamtlich unterstützte Bürgerbusse, Mitfahrssysteme) entwickelt und erprobt werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen

Die Profilierung als Wohnort für Familien verlangt nicht nur ein attraktives Wohnungsangebot und ein kinderfreundliches Wohnumfeld. Gleichmaßen wichtig sind die Qualität der Bildung und Entlastungsstrukturen für Familien bei der Bewältigung ihres Alltagslebens. Mit steigenden Erwerbsquoten der Frauen werden damit sowohl die Bedingungen für Familien als auch die Standortqualität für die lokale Wirtschaft verbessert.

Im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielen Kinderbetreuungsangebote eine entscheidende Rolle. Folglich gehören eine ausreichende Zahl von Betreuungsplätzen für Kleinkinder, Ganztagschulen und vielseitige Angebote der außerschulischen Nachmittagsbetreuung zum Mindeststandard für Familienfreundlichkeit. Darüber hinaus sollten die Kommunen für flexible Betreuungszeiten und flexible Betreuungsmodelle sorgen.

Zunehmend wichtig für die Bewältigung des Alltagslebens werden Unterstützungsstrukturen für pflegende Angehörige. Das betrifft sowohl die Beratung als auch das Angebot an Betreuungsplätzen in Tages- und Kurzzeitpflege.

Zwingend notwendig für alle Kommunen ist es, mit gutem Beispiel voranzugehen und selbst familienfreundliche Arbeitsstrukturen in der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben umzusetzen.

Bildungs- und Kulturangebote aufwerten

Bildungs- und Kulturangebote sind Standortfaktoren, die häufig ausschlaggebend sind für die Standortwahl von Familien und jungen Menschen und für Standortentscheidungen von Unternehmen.

Zu den grundlegenden Aufgaben der Kommunen gehören die Sicherung eines hochwertigen Schulangebots, die Sorge für eine qualifizierte Bildungsarbeit und die Förderung von Kindern in Betreuungseinrichtungen. Gleichzeitig müssen sich die Kommunen darum kümmern, dass die Erwachsenenbildung im Sinne eines lebenslangen Lernens qualifiziert wird. Dafür sollten Bildungsinstitutionen, wie Musikschu-

len, Volkshochschulen, Bibliotheken etc., gezielt unterstützt und in die Lage versetzt werden, ein vielfältiges, generationenübergreifendes und benachteiligte Gruppen integrierendes Bildungs- und Kulturprogramm anzubieten.

Die größeren Städte und die regionalen Wirtschaftszentren sollten sich darüber hinaus als Kulturstadt profilieren. Dafür müssen sie, aufbauend auf den lokalen Potenzialen und zusammen mit den Akteuren, Raum und Unterstützung für kulturelle Aktivitäten bieten und die Träger einer eigenständigen kulturellen Identität fördern. In alten Städten gibt es dafür z. B. Anknüpfungspunkte in ihrem baukulturellen Erbe, in Industriestädten in ihrer jüngeren Geschichte.

Auch die Umlandkommunen, die selbst von dem vielseitigen Kultur- und Bildungsangebot in den nahe gelegenen Großstädten profitieren, sollten eine eigene kulturelle Identität ausformen, nicht zuletzt, um dadurch die Ortsbindung der Einwohner zu festigen.

Kinder und Jugendliche einbinden

Die Zukunft der Städte und Gemeinden hängt in hohem Maße davon ab, ob sich junge Menschen an ihren Wohnort gebunden fühlen und sich für das Gemeinwesen einsetzen. Für eine solche Heimatbindung werden die Wurzeln schon früh gelegt. Wenn Kindern Einfluss auf ihre Lebensbedingungen, Verantwortung für ihre Umwelt sowie Entscheidungs- und Gestaltungsräume eröffnet werden, steigert dies ihre Lebensqualität und ihre Identifikation mit dem Wohnort.

Die Kommunen sollten Kindern und Jugendlichen daher vielfältige Aufenthalts- und Nutzungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum und Möglichkeiten der Einflussnahme auf lokale Entwicklungen bieten. Dazu tragen u. a. attraktive Angebote und Anregungen in Bereichen wie Sport, Kultur, Umwelt und soziales Miteinander bei.

In größeren Städten besteht darüber hinaus ein besonderer Handlungsbedarf, um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Die vergleichsweise hohen Anteile von Kinderarmut und Einkommensarmut in diesen Städten belegen ausgeprägte soziale Benachteiligungen. Um diese Kinder nicht zurückzulassen, müssen die frühkindliche Betreuung von Kindern mit besonderem Förderungsbedarf verbessert sowie die Sprach- und Bildungsförderung in Tageseinrichtungen und schulbegleitende Fördermaßnahmen ausgebaut werden.

Lebensqualität älterer Menschen sichern

Die wachsende Zahl älterer und hochbetagter Menschen verlangt eine Neuorientierung in der Seniorenpolitik. Dabei muss berücksichtigt werden, dass ältere Menschen, wie alle Altersgruppen, sehr unterschiedliche Interessen, Fähigkeiten und Bedürfnisse haben.

Die leitende Maxime einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik muss sein, die Menschen dabei zu unterstützen, ein selbstbestimmtes und aktives Leben bis ins hohe Alter zu führen. Gesellschaftliche Veränderungen, wie die Auflösung traditioneller Unterstützungsnetze der Familie und Verwandtschaft, machen es allerdings immer schwerer, diesen Leitgedanken in die Realität umzusetzen. Es bedarf daher neuer

Formen von Integration, Kommunikation und Unterstützung, um den älteren Bürgern einen gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Einrichtungen zu sichern, sie in generationsübergreifende Netzwerke einzubinden und sie zu befähigen, möglichst lange gesellschaftlich aktiv zu bleiben.

Wichtige Bestandteile einer solchen umfassenden Seniorenpolitik sind:

- Qualifizierung der Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote für ältere Menschen
- (generationenübergreifende) Begegnungsmöglichkeiten für Kommunikation und gemeinschaftliche Aktivitäten
- Erreichbarkeit von Versorgungsangeboten
- Sicherung der fußläufigen Mobilität für bewegungseingeschränkte Menschen im öffentlichen Raum
- Ausbau des Angebots altersgerechter Wohnungen (betreutes Wohnen, Wohngruppen etc.)
- Beratung für altersgerechte Anpassungen und den altersgerechten Umbau von Wohnungen
- Angebot trägerneutraler Pflege- und Gesundheitsberatung
- bedarfsgerechte ambulante und stationäre Pflegeangebote
- Ausbau niederschwelliger Unterstützungsnetzwerke für Hilfen im Haushalt

Die Kommunen können nur einen Teil der erforderlichen Leistungen selber erbringen. Ihre Rolle liegt vielmehr darin, die Akteure, wie Kirchen, Vereine, Verbände, Unternehmen oder Selbsthilfegruppen, zu vernetzen und zielführende Aktivitäten zu initiieren, zu begleiten und zu koordinieren. Für diese Aufgaben sollten in der Verwaltung klare Zuständigkeiten festgelegt und eine zentrale Anlaufstelle für Information, Beratung und Koordination eingerichtet werden.

Die gesellschaftliche Einbindung ihrer älteren Bürger und die altersgerechte Anpassung ihrer Infrastruktur ist vor allem in Kommunen mit einem überproportional hohen Anteil älterer Einwohner und der Perspektive auf eine weiterhin beschleunigte gesellschaftliche Alterung von großer Dringlichkeit. Dazu gehören viele der kleineren ländlichen Gemeinden und der Umlandkommunen von Berlin und Leipzig sowie Kommunen, die sich bereits als Altersruhesitze profiliert haben.

5.4. Stadt- und Ortsentwicklung auf Bestandsqualifizierung orientieren

Trotz abnehmender Wachstumsdynamik benötigen die meisten Städte und Gemeinden weitere Bauflächen. Gleichwohl müssen sie sich bewusst machen, dass der Flächenverbrauch auch Nachteile und Gefahren für die Ortsentwicklung mit sich bringt. Zum einen führt der Verlust von Freiflächen und landwirtschaftlichen Nutzflächen zu negativen ökologischen und klimatischen Folgen. Zum anderen ist die Entwicklung neuer Baugebiete mit hohen und langfristig wirksamen Kosten für die Erschließungsinfrastrukturen verbunden. Darum sollte Flächensparen zu einem vorrangigen kommunalpolitischen Ziel erhoben und konsequent verfolgt werden.

Kommunales Siedlungsflächenkonzept entwickeln

Entscheidungen zur Flächenentwicklung und Flächennutzung müssen sich in übergeordnete kommunalpolitische Leitbilder und Zielsetzungen einfügen. Das setzt ein Siedlungsflächenkonzept voraus, das

Wirtschaftlichkeit und Demographiefestigkeit zum Grundsatz der weiteren Siedlungsflächenentwicklung macht, die Bereiche Wirtschaft, Soziales, Mobilität sowie Natur- und Landschaftsschutz integriert und qualitative Entwicklungsziele gleichberechtigt neben die quantitativen Ziele stellt.

Der Umfang der Neuausweisungen an Siedlungsflächen kann dann gering gehalten werden, wenn die Entwicklungspotenziale auf die integrierten Standorte gelenkt und bisher untergenutzte Siedlungsflächen im Stadtgefüge genutzt werden. Um es erfolgreich umsetzen zu können, muss das Konzept den Rückhalt in der Öffentlichkeit haben und folglich unter Mitwirkung von Bürgern sowie der Wirtschaft erarbeitet werden.

Innenentwicklung priorisieren

Flächensparen heißt praktisch, die Innenentwicklung zu priorisieren und Neubaumaßnahmen soweit wie möglich auf infrastrukturell erschlossene Flächen im Siedlungsbestand zu lenken. Die „schlummernden“ Potenziale für Verdichtung, Wiedernutzung, Umnutzung, Aufstockung, Abriss und Neubau sind häufig recht groß; häufig zeigen sie sich erst beim Aufbau eines Baulückenkatasters.

Innenentwicklung bedeutet aber nicht, jede Freifläche zu bebauen und jede Möglichkeit der Verdichtung zu nutzen. Vielmehr geht es darum, bestehende Siedlungsgebiete so zu entwickeln, dass sie an sich ändernde Anforderungen und Bedarfe von Bewohnern und Betrieben angepasst werden. Damit werden Bestandsgebiete langfristig gesichert und neue Entwicklungen im Außenbereich weniger attraktiv.

Bestandsgebiete aufwerten

Die Aufwertung der Bestandsgebiete schließt neben Neubau, Modernisierung und Umbau von Wohnungen auch das Wohnumfeld und die Sicherung einer leistungsstarken und bedarfsgerechten Infrastruktur ein. Diese Qualitäten werden zukünftig maßgeblich darüber entscheiden, ob Wohnstandorte längerfristig attraktiv sind.

Umbau und Modernisierung von Wohnungsbeständen und Wohnquartieren dienen auch dazu, den Generationenwechsel in altershomogenen Quartieren zu unterstützen und gefährdete Gebiete gegenüber Abwertungstendenzen zu stabilisieren. Insbesondere in den Geschosswohnungsbeständen der 1950er bis 1970er Jahre besteht z. T. weiterhin ein erheblicher Aufwertungsbedarf. Aber auch für ältere Einfamilienhausgebiete kann es sinnvoll sein, den anstehenden Generationswechsel durch Beratung und Aufwertung des Wohnumfelds zu unterstützen.

Neue Baugebiete nur bei ausreichend großer Nachfrage entwickeln

In den wachsenden Städte und Gemeinden lassen sich wahrscheinlich nicht alle Flächenbedarfe über die Innenentwicklung auffangen. Um aber falsche Anreize zu vermeiden, sollte die Siedlungsfläche nur dann erweitert werden, wenn der Bedarf dafür mit belastbaren Daten und Informationen zu den Flächenpotenzialen begründet werden kann. Angebotsplanungen bergen immer die Gefahr, dass neue Baugebiete langfristig nicht ausgelastet werden.

Um kostenträchtige Fehlentwicklungen zu vermeiden, sollten bei der Entwicklung von Neubaugebieten folgende Grundsätze beachtet werden:

- Nutzung standardisierter Kostenrechner bei der Abwägung von alternativen Standorten
- Vermeidung neuer Baugebiete in gering verdichteter Bauweise, da sie sich durch besonders hohe Investitionskosten und Folgekosten auszeichnen
- Orientierung der Siedlungsentwicklung an vorhandenen Netzinfrastrukturen, um Neuinvestitionen und Folgekosten gering zu halten und die vorhandene Infrastruktur besser auszulasten

Flächenmanagement installieren

Ein leistungsfähiges Flächenmanagement, mit dem Flächenpotenziale erfasst und aktiviert werden, ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Innenentwicklung. Erfahrungen aus zahlreichen Städten und Gemeinden zeigen, dass sich der Aufwand für ein Flächenmanagement lohnt. Die Baulandpotenziale im Innenbereich lassen sich in höherem Maße aktivieren als allgemein angenommen und mit einem konsequenten Vorgehen können Hindernisse für die Innenentwicklung, wie Blockaden durch Eigentümer, Einsprüche der Nachbarnutzer, Auflagen des Denkmalschutzes etc.. zumindest teilweise überwunden und beachtliche Erfolge erzielt werden.

Die Kommunen sollten das Flächenmanagement aber nicht nur zur Aktivierung von Bauland- und Nutzungspotenzialen im Innenbereich nutzen, sondern auch, um überzogene, nicht mobilisierbare und an falschen Standorten befindliche Reserveflächen bzw. Siedlungsflächenüberhänge zurückzustufen und um planungsrechtlich gesicherte Bauflächen im Außenbereich zu überprüfen und ggf. zurückzuziehen. Zu den Aufgaben des Flächenmanagements gehört auch, flexible Anpassungs- und Gestaltungsoptionen vorzusehen und Bauland nur noch kleinteilig und zeitlich gestaffelt zu entwickeln, um flexibel auf quantitative und qualitative Nachfrageschwankungen reagieren zu können.

Zentrum aufwerten

Die Stadtzentren und Ortskerne sind von zentraler Bedeutung für die Identifikation der Bürger mit ihrem Wohnort und gleichzeitig das „Aushängeschild“ für Besucher und potenzielle Zuwanderer. Vielerorts aber haben sich Wachstumskräfte auf Randbereiche gerichtet und damit in den Kernbereichen zu einem Verlust von Funktionen geführt. Um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken, müssen die Städte und Gemeinden die Stärkung des Zentrums als wichtige Zukunftsaufgabe verstehen. Selbst die Tourismusorte, die traditionell viel Wert auf ein attraktives Zentrum legen, sollten überprüfen, ob die Freiraumgestaltung und die öffentlichen Einrichtungen noch den Ansprüchen genügen.

In ein attraktives Zentrum einer Mittelstadt gehören vielfältige Angebote in den Bereichen Einzelhandel und Gastronomie sowie Freizeit und Kultur. Um das Zentrum als lebendigen Raum für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen zu sichern, sollten die Kommunen

- die urbanen Qualitäten stärken und öffentliche Angebote in den Bereichen Kultur, Bildung, Information als Ankernutzungen ansiedeln bzw. aufwerten,
- eine hohe Aufenthaltsqualität durch vielfältig nutzbare Plätze und Straßen, Sitzmöglichkeiten und attraktive Fußwegeverbindungen sichern,
- es als Ort der Repräsentation für öffentliche Zusammenkünfte und Veranstaltungen nutzen,

- mithilfe verkehrsberuhigender Maßnahmen die Belastungen und Nutzungseinschränkungen durch den motorisierten Verkehr minimieren,
- Barrieren für bewegungseingeschränkte Menschen im öffentlichen Raum und in den öffentlichen Gebäuden abbauen sowie
- das regionstypische Ortsbild sichern und eine hohe städtebauliche und architektonische Gestaltqualität anstreben.

Für Planungen zur Aufwertung des öffentlichen Raums bietet es sich an, sie zusammen mit den Bürgern und der Wirtschaft zu entwickeln. Für die Umsetzung von Projekten sollten die Kommunen versuchen, das ansässige Gewerbe einzubeziehen. Die Wirtschaftsakteure haben häufig ein ausgeprägtes Eigeninteresse an einer attraktiven Innenstadt und durch Kooperation mit ihnen kann privates Kapital für die Finanzierung von Maßnahmen im öffentlichen Raum mobilisiert werden.

Regionale Abstimmung ausbauen

Der Baulandmarkt orientiert sich nicht an den Zuständigkeitsgrenzen von Politik und Verwaltung. Die Orientierung auf Innenentwicklung und haushälterische Flächenentwicklung einer einzelnen Kommune kann dazu führen, dass sich die Flächennachfrage in angrenzende Kommunen verlagert. Zur Vermeidung unproduktiver Wettbewerbe sollten kommunale Strategien zur flächensparenden Siedlungsentwicklung daher auf regionaler Ebene abgestimmt und möglichst verbindliche Abkommen mit Nachbargemeinden getroffen werden.

Während es für den Wohnungsbau und die Ansiedlung des Einzelhandels häufig ausreicht, sich interkommunal abzustimmen, verlangt die Entwicklung nachfragegerechter, regional oder überregional bedeutsamer Gewerbeflächen sowie die Ansiedlung flächenextensiver Großvorhaben häufig eine intensive interkommunale Kooperation.

5.5. Bedarfsgerechte Wohnraumversorgung sichern

In den meisten Städten und Gemeinden ist die Wohnungsbautätigkeit in den letzten Jahren hinter dem Bedarf zurückgeblieben. Da sich das Haushaltswachstum mittelfristig fortsetzt, müssen sie dafür sorgen, dass es nicht zu Anspannungen und unzureichender Wohnraumversorgung bestimmter Gruppen kommt.

Wohnraumangebot diversifizieren

Es gibt in den meisten Städten und Gemeinden nicht nur einen Bedarf für zusätzliche Wohnungen, sondern auch einen Bedarf für ein vielfältigeres Angebot. Mit der Zunahme unterschiedlicher Haushaltstypen und der Ausdifferenzierung von Lebensstilen haben sich Nachfragepräferenzen herausgebildet, die derzeit wahrscheinlich nur bedingt befriedigt werden. Folglich sollte der Wohnungsneubau möglichst unterschiedliche Bauformen, Eigentumsformen und Wohnungsgrößen abdecken und sich neben Familien auch auf kleine und ältere Haushalte, Baugemeinschaften und Wohngruppen als Nachfrager mit eigenen

Qualitätsanforderungen richten. Die Standorte neuer Wohnungen sollten, soweit möglich, innerhalb von Siedlungsgebieten liegen und somit die Vielfalt der Wohnungsbestände anreichern und die Wohnquartiere für unterschiedliche Haushaltsgruppen attraktiv machen.

Angebot altersgerechter Wohnungen erhöhen

Eine besondere Herausforderung liegt darin, den Mangel an altersgerechten Wohnungen zu beheben. Zum einen wächst die Zahl derer, die eine kleinere barrierearme Wohnung in einer infrastrukturell gut versorgten Lage dem Einfamilienhaus, das nach dem Auszug der Kinder zu groß, zu teuer oder zu pflegeaufwendig geworden ist, vorziehen. Gravierender aber ist, dass für viele ältere Menschen die Entscheidung, ob sie weiterhin überhaupt selbstständig leben können, von der Beschaffenheit der Wohnung abhängt.

Altersgerechte Wohnungen werden nicht nur im Neubau, sondern auch durch Umbau und Anpassung im Bestand geschaffen. Auf diesem Feld sollten die Kommunen die Bürger informieren und beraten.

Angebot preisgünstiger Wohnungen ausweiten

In den wachsenden Städten und Gemeinden wird es immer dringlicher, das Angebot an Mietwohnungen im unteren Preissegment zu sichern. Ihre Zahl nimmt durch Modernisierung und Umwandlung kontinuierlich ab, ohne dass sie durch Neubauten wieder aufgestockt wird. Die Städte und Gemeinden sollten daher Strategien für die Sicherung und für den Bau von Wohnungen im unteren Preissegment entwickeln. Die Dringlichkeit steigt zudem mit der wachsenden Zahl der Flüchtlinge und anderer Zuwanderer.

Die Kommunen sollten dabei auch berücksichtigen, dass Haushaltsgründer meist auf preisgünstige Wohnungen angewiesen sind und ein attraktives Wohnraumangebot sie vor Ort halten kann. Insbesondere dort, wo die Wanderungsverluste unter der jungen Einwohnerschaft besonders hoch sind, sollte versucht werden, ihre Abwanderungsneigung durch bedarfsgerechte Wohnungen zu verringern.

Kommunale Gestaltungsspielräume für bedarfsgerechte Wohnbauaktivitäten nutzen

Das Wohnungsangebot zu erhöhen und zu diversifizieren liegt i. d. R. nicht im Aufgabenbereich der Kommunen. Sie können aber durch die Bereitstellung von Bauland, durch Maßnahmen im Wohnumfeld und darüber hinaus als Impulsgeber und Moderator sowie durch das Einwerben von Fördermitteln die weitere Profilierung als attraktiver Wohnstandort vorantreiben. Dazu müssen sie mit der Wohnungswirtschaft und privaten Akteuren gemeinsame Ziele und Strategien für Neubau und Umbau der Wohnungsbestände und Quartiere entwickeln und beschließen.

Wohnungsmarktbeobachtungssystem einrichten

Die kommunale Wohnungspolitik und die Abstimmungen mit der Wohnungswirtschaft sollten auf der Grundlage belastbarer Informationen basieren. Dafür sollten die Kommunen ein Wohnungsmarktbeobachtungssystem aufbauen. Es macht die Prozesse und Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten

transparent und stellt den Akteuren zeitnah entscheidungsrelevante Informationen zur Verfügung. In den meisten Bundesländern können die Kommunen dabei auf regionalisierte Wohnungsmarkt-Beobachtungssysteme aufbauen, z. T. unterstützen die Länder auch die Erstellung kommunaler Wohnungsmarktberichte.

5.6. Infrastrukturen demographiefest machen

Die Städte und Gemeinden sollten beizeiten Maßnahmen vorbereiten, um ihre Infrastrukturen an die demographische Entwicklung anzupassen. Die Nachfrage nach altersgerechten Infrastrukturen und Dienstleistungen wird zukünftig zunehmen. Gleichzeitig erfordert die Sicherung der Wohnattraktivität für jüngere Bewohner sowie die Sicherung der Attraktivität für Besucher und Touristen ein vielseitiges Infrastrukturangebot. Auf der anderen Seite wächst die Zahl der Einrichtungen, deren wirtschaftliche Tragfähigkeit aufgrund rückläufiger Kapazitätsauslastungen immer mehr schwindet.

In den kleinen Gemeinden im ländlichen Raum stellt sich das Problem besonderes deutlich, weil ihre räumlich dispersen Siedlungsstrukturen die Daseinsvorsorge und die Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen besonders aufwendig und kostspielig machen.

Eine zentrale Aufgabe liegt somit darin, die Effizienz der Infrastrukturleistungen zu erhöhen, Synergien zu nutzen und die anfallenden Lasten auf mehrere Träger zu verteilen. Zudem sollten die Kommunen beim weiteren Ausbau von Infrastrukturen die langfristigen Kosten berücksichtigen und die dauerhaften Fixkosten niedrig halten. Dazu geeignete Maßnahmen sind u. a.:

- Flexibilisierung von Einrichtungen, z. B. durch Mehrfachnutzung
- räumliche Bündelung von Sozial- und Gesundheitsdiensten
- gezielte Zusammenarbeit mit privaten Trägern und gemeinnützigen Einrichtungen, z. B. in den Bereichen Pflege, Kultur, Sport und Nahversorgung
- Aktivierung bürgerschaftlicher Selbsthilfe
- Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechniken zur Substituierung bzw. Bereitstellung von Versorgungsangeboten und Dienstleistungen
- interkommunale Kooperationen und arbeitsteilige Bereitstellung von Infrastrukturen, z. B. im Kultur- und Sportbereich
- Rückbau und Standortschließungen

Die größeren Städte und regionalen Zentren sollten sich zur Aufgabe machen, ein Infrastrukturmanagement einzurichten, das möglichst über die eigene Gemarkung hinausreicht und in Abstimmung mit den Nachbarkommunen aufgebaut und betrieben wird.

5.7. Bürgerschaftliches Engagement stärken

Die vergleichsweise günstige demographische Situation in den Städten und Gemeinden macht den Bürgern den Handlungsbedarf zur Gestaltung des demographischen Wandels nicht unmittelbar durch konkrete Defizite deutlich. Daher empfiehlt sich, sie frühzeitig und umfassend für die Herausforderungen zu sensibilisieren und in die Zukunftsvorsorge einzubinden.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass bürgerschaftlichem Engagement eine wachsende Bedeutung für das Leistungsspektrum der Kommunen zukommt, weil wirtschaftlich „unrentable“ Aufgaben von Bürgern übernommen und damit gesichert werden. Dieses Engagement wirkt als sozialer „Kitt“ für den Zusammenhalt der Gesellschaft und erhöht die Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnort.

Neben den ehrenamtlichen Tätigkeiten ist die Reaktion auf kommunale Planungsabsichten ein weiteres Feld für zivilgesellschaftliches Engagement, denn Bürger entwickeln insbesondere im Hinblick auf ihr unmittelbares Lebensumfeld ein immer stärkeres Bedürfnis der Mitsprache. Auch diese Form von Mitwirkung stellt ein Potenzial für die Ortsentwicklung dar, weil die frühzeitige Einbindung der Bewohner in Projektentwicklungen dazu beitragen kann, Konflikte zu vermeiden, Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen zu berücksichtigen und die Akzeptanz für die Projektumsetzung zu erhöhen.

Politik und Verwaltung der Städte und Gemeinden sollten daher die Mitwirkungsbereitschaft und die Kreativität ihrer Bürger für die Ortsentwicklung in hohem Maße nutzen. Die aktive Beteiligung ist allerdings häufig kein Selbstläufer. Zwar ist die Bereitschaft dazu bei vielen Menschen vorhanden, aber bei Weitem nicht alle haben Interesse an ehrenamtlichen Tätigkeiten in traditionellen Organisationen wie Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen. Heute engagieren sich viele Menschen eher in überschaubaren Projekten, wollen konkrete Resultate erzielen und dafür ihre Kompetenzen und ihre Lebens-, Berufs- und Führungserfahrungen einsetzen.

Die Kommunen sollten die nötige Infrastruktur schaffen, um Bereitschaft in Aktivität zu überführen und Engagement zu verstetigen. Dazu gehört, dass sie

- die Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen durch große Transparenz und frühzeitige Informationen fördern,
- eine Anlauf- und Koordinationsstelle für bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeiten aufbauen und mit hauptamtlichen Ansprechpartnern besetzen,
- Räumlichkeiten für Projektarbeit und Kommunikation bereitstellen,
- Zielgruppen motivieren und aktivieren; ein besonders großes und wachsendes Potenzial für ehrenamtliches Engagement sind die „jungen Alten“, aber ebenso wichtig ist es, junge Menschen und Zuwanderer dafür zu gewinnen, sich für die lokale Gemeinschaft einzusetzen sowie
- ehrenamtlich tätige Menschen öffentlich würdigen und ihnen Möglichkeiten für Weiterbildung und Qualifizierung bieten. Eine derartige Anerkennungskultur verstärkt zudem die Motivation für bürgerschaftliches Engagement.

Auf welche Bereiche sich das Engagement letztlich richtet, liegt im Ermessen der aktiven Bürger und ggf. auch in der Bereitschaft von Einrichtungen (wie Schulen, Sozialträger), sich auf eine Zusammenarbeit einzulassen. Wichtige Aktionsfelder sind aber vermutlich die Folgenden:

- Ehrenamtsbörsen/Freiwilligenagenturen, die Angebote für und Nachfrage nach ehrenamtliche(n) Tätigkeiten koordinieren

- generationenübergreifende Netzwerke und Projekte für Jung und Alt, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft und zwischen den Generationen zu fördern
- Tätigkeiten im Sozial- und Pflegebereich, die von Hauptamtlichen nicht oder nur zu Teilen geleistet werden können
- Betreuung und Unterstützung von Flüchtlingen und Migranten
- Mentoren- und Lotsenprogramme für Schüler und Berufseinsteiger
- Nachbarschaftshilfe
- Aktivitäten in den Bereichen Kultur und Umwelt

Alle Städte und Gemeinden sollten dabei mit den Landkreisen zusammenarbeiten und auf die in den Bundesländern mittlerweile sehr leistungsfähigen Netzwerke zur Unterstützung ehrenamtlicher und bürgerschaftlicher Aktivitäten zurückgreifen.

5.8. Nachhaltige Entwicklung durch Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützen

Die meisten Städte und Gemeinden sind in einer guten Position, den intensiven Einsatz vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologien voranzutreiben. Der Ausbaustandard der notwendigen technischen Infrastrukturen – Breitband und mobiles Internet – ist gut bzw. die Nachfrage der Nutzer ausreichend groß, um die schnelle Anpassung an den erforderlichen technischen Standard für die Anbieter wirtschaftlich interessant zu machen. Die Städte und Gemeinden sollten daher den Ausbau zu einer intelligent vernetzten Kommune vorantreiben und für ihre Ausbaustrategie die folgenden Herausforderungen berücksichtigen:

- Die Energiewende erfordert die digitale Vernetzung. Für ein intelligentes Management der Erzeugung, Speicherung, Verteilung und des Verbrauchs von Energie ist die digitale Verarbeitung großer Daten- und Informationsmengen notwendig. Nur auf dieser Grundlage ist die erforderliche enge Kooperation des energieerzeugenden ländlichen Raums und der energieverbrauchenden Wirtschaftszentren möglich.
- Die Sicherung einer zukunftsorientierten Mobilität erfordert eine multimodale Integration aller Verkehrsträger (Fahrrad, öffentlicher Verkehr, motorisierter Individualverkehr, Carsharing-Angebote). Ohne eine systematische Nutzung der Verkehrsdaten auf der Grundlage vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologie ist diese Entwicklung nicht möglich.
- Die effektive Nutzung aller Bildungsressourcen verlangt, die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) anzuwenden. Das betrifft vorrangig die Vernetzung der Bildungsträger, den Einsatz von E-Learning-Modulen vor allem in der beruflichen Bildung sowie die Förderung der digitalen Kompetenz in der Bevölkerung.
- Wachsende Anforderungen der Bürger nach Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten in Planungs- und Entscheidungsprozessen und nach größerer Transparenz der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung können mithilfe digitaler Kommunikation erfüllt werden.
- Die Erwartungen von Bürgern und Wirtschaft an erweiterte Möglichkeiten der Kommunikation mit elektronischen Medien verlangen den Ausbau des elektronischen Dienstleistungsangebots der Verwaltung.

Ein weiteres Aufgabenfeld ist die Ausdehnung des WLAN-Zugangs. Ein wachsender Teil der Bevölkerung erwartet, zu jeder Zeit erreichbar zu sein und möglichst überall einen mobilen Zugang zum Internet zu haben. Die Kommunen sollten daher, in Kooperation mit den Telekommunikationsanbietern, den Ausbau eines freien WLAN im Stadt- bzw. Ortszentrum vorantreiben. Dieses kann darüber hinaus eine Plattform für ortsspezifische Informationen und für den lokalen Handel und die Gastronomie eine Werbepattform sein.

Für die kleineren Kommunen in ländlichen Räumen, in denen die Internetversorgung unzureichend ist, weil die privaten Netzanbieter aufgrund der geringen Siedlungs- und damit Nutzerdichte nicht bereit sind, die nötigen Investitionen zu tätigen, sind die Herausforderungen viel weitreichender. Auch für sie ist die Qualität der lokal verfügbaren digitalen Kommunikationstechnik ein entscheidendes Standortmerkmal für Wohnen und Gewerbe, somit müssen sie selbst für einen Mindeststandard der Datenübertragung sorgen.¹ Dafür können sie öffentliche Fördermittel der Länder, des Bundes und der Europäischen Union nutzen und sie müssen überprüfen, mit welchen Partnern sich eine Kooperation anbietet. Infrage kommen z. B. Nachbargemeinden und der Landkreis, kommunale Eigenunternehmen oder Stadtwerke, Genossenschaften unter Einbindung von Bürgern und Betrieben oder private Investoren.

5.9. Flüchtlinge und Zuwanderer integrieren

Die hohen Zahlen von Flüchtlingen und anderen internationalen Zuwanderern verlangen von den Kommunen zum einen die kurzfristige Unterbringung und soziale Betreuung der Flüchtlinge, zum anderen weitsichtige Strategien und koordinierte Maßnahmen zum schnellen Einleben der zugewanderten Menschen.

Dabei stehen die Kommunen am Ende einer langen Kette von Regulierungen des Bundes und der Länder, die ihre Handlungsmöglichkeiten begrenzen. So haben sie keinen Einfluss auf eines der vordringlichsten Probleme, eine Beschleunigung der Entscheidungen über Asylanträge. Dennoch müssen sie vor Ort mit den vielfältigen Anforderungen zurechtkommen.

Die Betreuung von Zuwanderern in den Flüchtlingsunterkünften wird vielerorts in hohem Maße durch bürgerschaftliches Engagement geleistet. Das Einleben der Zuwanderer in die lokale Gesellschaft bedarf aber noch weit umfangreicherer Unterstützung und stellt den Kommunen zahlreiche neue Aufgaben. Dabei sollten sich die Kommunen auch darauf verständigen, für welche Gruppen sie attraktiv sind und mit welchen Strategien sie diese Gruppen längerfristig halten können. In kleineren Städten und Gemeinden im ländlichen Raum werden das eher Familien und Menschen mit ländlicher Herkunft sein, soweit sie überschaubare Strukturen gegenüber dem Leben in Großstädten bevorzugen. Um also die Potenziale, die die Zuwanderung mit sich bringt, auch nutzen zu können, sollten sie ihre Integrationskräfte auf die wichtigsten Zielgruppen konzentrieren.

¹ Die Bundesregierung hat eine Datenübertragungsrate von bis zu 50 MBit/sec bis 2018 in ganz Deutschland und für alle zum Ziel ihrer Digitalen Agenda erklärt, weil diese Übertragungsrate für viele Anwendungen mindestens erforderlich ist. Allerdings wird bezweifelt, dass diese Rate überall erreicht wird. Für realisierbar und notwendig werden 30 Mbit/sec gehalten; sie sind das Minimum für verschiedenste Anwendungen wie Videokonferenzen, Mobilitätsangebote, Gesundheitsversorgung, technische Anwendungen, mobile Versorgungsangebote oder Verwaltungsleistungen.

Vorrangig sollten die Kommunen in den folgenden Handlungsfeldern aktiv werden:

Akzeptanz für Aufnahme und Integrationsleistungen in der Bevölkerung sichern

Die Kommunen müssen sich für die Aufnahme von Flüchtlingen und Zuwanderern des Verständnisses und der breiten Unterstützung in der Bevölkerung, der Wirtschaft und den gesellschaftlichen Institutionen versichern. Andernfalls sind ihre politische Legitimität und der soziale Frieden gefährdet.

Dazu sollten sie offensiv für Empathie mit Flüchtlingen werben, die Herausforderungen ausreichend öffentlich kommunizieren, dafür Unterstützung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft einfordern und die Chancen, die die Zuwanderung für die Ortsentwicklung bietet, herausstellen. Diese Potenziale bestehen darin,

- die gesellschaftliche Alterung abzumildern,
- das Fachkräftepotenzial und den Nachwuchs auf dem Arbeitsmarkt zu vergrößern und
- die lokale Wirtschaft zu stärken.

Informieren, beraten, koordinieren

In Anbetracht der Herausforderungen brauchen die Kommunen ein Flüchtlingsmanagement in der eigenen Verwaltung, das als Informations- und Beratungsstelle fungiert und verantwortlich die Koordination von Aufgaben innerhalb der Verwaltung und mit Externen übernimmt. Zu diesen Aufgaben gehört u. a.:

- Aufbau einer zentralen Anlaufstelle für Information und Erstberatung der Zuwanderer
- In den größeren Städten verwaltungsinterne Abstimmung der verschiedenen Ressorts bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten
- Einrichtung bzw. Sicherung von Dolmetscherdiensten
- Einrichtung und Pflege einer mehrsprachigen Webpage mit wichtigen Informationen und Links für Zuwanderer und der Darstellung lokaler Einrichtungen und Dienste

Soziale Betreuung und Gesundheitsversorgung gewährleisten

Viele Flüchtlinge kommen mit schwerwiegenden sozialen und gesundheitlichen Problemen und benötigen unmittelbar individuelle Hilfe und Unterstützung. Die Städte und Gemeinden sollten daher frühzeitig für eine gesundheitliche und soziale Beratung und Betreuung sorgen.

Wohnraumversorgung sichern

Wenngleich die Unterbringung für Flüchtlinge kurzfristig gesichert werden muss und sich dabei Übergangslösungen und Provisorien häufig nicht vermeiden lassen, sollten von vornherein Konzepte für die längerfristige Perspektive der Wohnraumversorgung entwickelt werden.

Zu den wichtigen Zielen für ein solches Konzept gehört:

- Vermeiden, dass die Zuwanderer räumlich konzentriert, räumlich ausgegrenzt und abseits von Wohnquartieren angesiedelt werden. Stattdessen sollten die Wohnungen möglichst zentral und innerhalb bestehender Wohngebiete liegen.

- Wohnraum, soweit möglich, im Wohnungsbestand und durch Umbauten und Umnutzungen leerstehender Immobilien schaffen.
- Möglichst keine speziellen Flüchtlingsbauten errichten; Wohnungen und Wohnlagen dürfen nicht den Effekt haben, dass ihre Bewohner sozial ausgrenzt werden.
- Neubauten schon aus Kostenerwägungen so planen, dass sie für langfristige Wohnnutzungen auch anderer Gruppen geeignet sind und später in den normalen Wohnungsbestand übergehen können. Sie müssen somit den allgemeinen Anforderungen an attraktiven Wohnraum entsprechen.

In Städten und Gemeinden, in denen es bereits Engpässe beim Angebot preiswerten Wohnraums gibt, wird die Konkurrenz um Wohnungen zwischen Zuwanderern, Sozialhilfeempfängern und Beziehern geringer Einkommen zunehmen. Vor diesem Hintergrund muss das Wohnungsangebot im unteren Preissegment dort möglichst schnell ausgeweitet werden. Dafür sollten sich die Städte und Gemeinden mit der Wohnungswirtschaft und den Wohnungseigentümern über Maßnahmen zur Wohnraumbeschaffung abstimmen und selbst Grundstücke zur Verfügung stellen, Fördermittel einsetzen bzw. Landesmittel in Anspruch nehmen.

Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen

Die möglichst schnelle Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für ihre Teilhabe im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich. Je länger sie zur Untätigkeit verurteilt sind, desto schwerer werden sie sich vor Ort einleben und desto schwieriger wird es, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern.

Der Mehrzahl der Zuwanderer fehlen die notwendigen Deutschkenntnisse, um sich in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft integrieren zu können. Deshalb sollten sie möglichst unmittelbar nach ihrer Zuwanderung in Sprachkurse aufgenommen werden. Auch wenn die Kommunen dazu nicht verpflichtet sind, sollten sie diese Leistung offensiv übernehmen. Um die ausreichende Zahl an Sprachkursen anbieten zu können, sollten neben der üblichen Form, z. B. durch Volkshochschulen und andere Bildungsträger, weitere Möglichkeiten durch den Einsatz von Ehrenamtlichen und Unterstützung durch Wirtschaft und Gesellschaft in Erwägung gezogen werden, wie

- Kursangebote durch Sozialträger und Kirchen,
- Projekte in Schulen und Kitas zur Sprachschulung von Eltern sowie
- audiovisuelle Medien, die in öffentlichen Bibliotheken oder anderer Einrichtungen bereitgestellt werden und für die zusätzliches Betreuungspersonal eingesetzt wird.

Zudem können die Kommunen Beschäftigung oder eine berufliche Tätigkeit der Zuwanderer dadurch unterstützen, dass sie

- Arbeitsmöglichkeiten in den Kommunen schaffen,
- Selbsthilfe in den Flüchtlingsunterkünften einfordern und unterstützen sowie
- Lotsen- und Mentorenprogramme zur Beratung und Begleitung von Zuwanderern bei der beruflichen Qualifizierung und Ausbildung oder dem beruflichen Wiedereinstieg initiieren und unterstützen.

Kinder fördern

Je jünger die Zuwanderer sind, desto besser lassen sie sich in unsere Gesellschaft einbinden. Darum sollten die Kommunen die Integration von Kindern fördern und

- Sprachkurse in Kitas und bei Bedarf auch zusätzlich in den Schulen anbieten, damit Bildungserfolge und der Übergang in höhere Schulen nicht durch mangelhafte Sprachkenntnisse verhindert werden,
- die zugewanderten Eltern in Kitas und Schulen einbinden, damit sie das Bildungssystem in Deutschland kennenlernen und den schulischen Erfolg ihrer Kinder unterstützen können,
- Patenschaften für den Übergang von Schule in Beruf bzw. Ausbildung initiieren und unterstützen sowie
- Mentoren-Leseprogramme initiieren und unterstützen.

Lokale Akteure vernetzen und unterstützen

Durch die Vernetzung der lokalen und regionalen Akteure können Ressourcen effektiver eingesetzt und die Integration der Zuwanderer verbessert werden. Die Kommunen sollten die Möglichkeiten nutzen, die sich durch direkten und informellen Austausch ergeben und sich zum einen in regionale Netzwerke (z. B. Integrationsnetzwerk, Ausbildungsverbund) integrieren, zum anderen versuchen, selbst Netzwerke zu initiieren. Dazu könnte u. a. gehören:

- bereits länger in Deutschland lebende Migranten einbinden; sie können den neuen Zuwanderern bei der Erstorientierung helfen, sie aber auch für Selbstorganisation und Selbsthilfe aktivieren
- Unternehmen, Wirtschaftsförderung, Kammern, Bildungsträger und Agentur für Arbeit zusammenzubringen, damit Zuwanderer möglichst schnell in den Arbeitsmarkt aufgenommen werden
- Abstimmungsprozesse zwischen Sozialträgern, Wohlfahrtsverbänden, bürgerschaftlich organisierten Initiativen über Zuständigkeiten, Arbeitsteilung und Maßnahmen fördern

Willkommens- und Anerkennungskultur verstetigen

Ihr Einleben am Wohnort und in der Nachbarschaft hängt in hohem Maße davon ab, wie die Zuwanderer aufgenommen werden. Darum sollten Politik und Verwaltung eine Haltung ausstrahlen, die zeigt, dass Zuwanderer willkommen sind und dass kulturelle Vielfalt eine Bereicherung für die Kommune sein kann. Dazu sollten sie u. a.

- die Verwaltung und kommunalen Institutionen stärker interkulturell öffnen (Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit Migranten besetzen; interkulturelle Kompetenz ausbauen),
- mit Vereinen und religiösen Gemeinschaften der Zuwanderer Kontakt pflegen,
- kulturelles Verständnis fördern (z. B. über Veranstaltungen),
- Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe durch Migranten unterstützen,
- dafür Sorge tragen, dass zugewanderte Kinder und Jugendliche in Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen, Freiwilliger Feuerwehr etc. eingebunden werden sowie
- zivilgesellschaftlich getragene Projekte zur Einbindung von Zugewanderten unterstützen.

Die Notwendigkeit, zeitnah die Integration zu unterstützen und damit später anfallende soziale Belastungen möglichst gering zu halten, verlangt von den Kommunen große Anstrengungen. Dabei kommt auch

den zivilgesellschaftlichen Akteuren und Einrichtungen, ehrenamtlich Aktiven, Kirchen, Vereinen und Wohlfahrtsverbänden sowie der Wirtschaft eine wichtige Rolle zu. Die Kunst einer erfolgreichen Integrationspolitik liegt also auch in der guten und effektiven Zusammenarbeit der zahlreichen Akteure in den Städten und Gemeinden.

5.10. Kooperationskultur ausbauen

Die Profilierung und Stärkung sowohl als regionales Wirtschaftszentrum wie als Wohnort bedarf einer intensiven Abstimmung mit den umliegenden Kommunen und eines Ausbaus der Kooperationsbeziehungen. Die regionale Zusammenarbeit wird für die Städte und Gemeinden immer wichtiger, weil sich viele Zukunftsaufgaben nur realisieren lassen, wenn Ressourcen gebündelt und Lösungen in Zusammenarbeit von Kommunen, Wirtschaft und weiteren Kooperationspartnern (insb. Bildungsträgern, Verkehrsbetrieben, Kultureinrichtungen) gefunden werden.

Den größeren und insbesondere den Kreisstädten fällt dabei eine aktivierende Rolle zu. Mit ihren personellen Ressourcen, ihrem Know-how, ihren Erfahrungen und Netzwerken verfügen sie über ein größeres Potenzial als kleinere Gemeinden, um regionale Kooperationen anzuregen.

Wenngleich die meisten Städte und Gemeinden bereits in Kooperationsnetzwerke eingebunden sind, gilt doch für alle, dass sie sich für eine Intensivierung der regionalen und interkommunalen Kooperation einsetzen und in den für sie wichtigen Handlungsfeldern aktiv und kreativ mitarbeiten sollten. Dafür müssen vielerorts aber erst noch kooperative Politikformen entwickelt werden, die ermöglichen, dass alle Partner auf Augenhöhe miteinander verhandeln, unproduktiver Wettbewerb vermieden wird und Lasten auf alle Schultern verteilt werden.

6. Indikatorenerläuterung

Allgemeine methodische Hinweise

Die Durchschnittswerte aller Kommunen beziehen sich auf die Gemeindegewerte und nicht auf die Personen in den Kommunen (Grundgesamtheit sind jeweils die Kommunen, nicht die Bewohner).

Die Bevölkerungsprognose der Bertelsmann Stiftung hat die derzeit sehr hohe Zahl von Flüchtlingen und Zuwanderern noch nicht berücksichtigt. Die tatsächliche Entwicklung bis 2030 wird daher dazu führen, dass weniger Kommunen als prognostiziert schrumpfen und mehr als prognostiziert wachsen und dass sich die gesellschaftliche Alterung verlangsamt. Gleichwohl gehen wir davon aus, dass die hohen Wanderungsgewinne die demographische Entwicklung kurz- und mittelfristig nur überlagern und ihre Dynamik beeinflussen, nicht aber die Trends verändert.

Anteil Einpersonenhaushalte	
Erklärung	x % aller Haushalte in der Kommune sind Einpersonenhaushalte
Berechnung	Einpersonenhaushalte / Anzahl Haushalte * 100
Anteil Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 50.000 Euro/Jahr und mehr	
Erklärung	x % der Haushalte verfügen über ein Gesamtnettoeinkommen von über 50.000 Euro pro Jahr
Berechnung	Haushalte mit HH-Einkommen von 50.000 Euro und mehr / Anzahl Haushalte * 100
Zusatz	Bei der Erstellung der Einkommensklassen der Haushalte wird die Haushaltsgröße nicht berücksichtigt. Es kann sein, dass z.B. Single-Haushalte und auch Familien in dieser Einkommensklasse liegen.
Anteil Haushalte mit Kindern	
Erklärung	In x % aller Haushalte leben Kinder
Berechnung	Haushalte mit Kindern / Anzahl Haushalte * 100
Zusatz	Kinder sind in diesem Zusammenhang ledige Kinder über 18 Jahren ohne eigenen Hausstand und alle im Haushalt lebenden Personen unter 18 Jahren.
Anteil Hochqualifizierte am Arbeitsort	
Erklärung	x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat einen akademischen Berufsabschluss
Berechnung	SvB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort / SvB am Arbeitsort * 100 (Stichtag: 30.06.)
Zusatz	Veränderung der Erhebung von Schul- und Berufsabschlüssen. Bis 2011 wurden die SvB mit (Fach-)Hochschulabschluss erfasst, seit 2012 die SvB mit akademischem Berufsabschluss. Im Jahr 2012 weicht der Stichtag einmalig auf den 31.12. ab

Anteil Hochqualifizierte am Wohnort	
Erklärung	x % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Einwohner der Kommune hat einen akademischen Berufsabschluss
Berechnung	SvB mit akademischem Berufsabschluss am Wohnort / SvB am Wohnort * 100 (Stichtag: 30.06.)
Zusatz	Veränderung der Erhebung von Schul- und Berufsabschlüssen. Bis 2011 wurden die SvB mit (Fach-)Hochschulabschluss erfasst, seit 2012 die SvB mit akademischem Berufsabschluss. Im Jahr 2012 weicht der Stichtag einmalig auf den 31.12. ab
Anteil des Pendlersaldos an der Bevölkerung 15 bis 64 Jahre	
Erklärung	Der Pendlergewinn bzw. -verlust pro 100 Einwohner der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) beträgt x Personen
Berechnung	(Anzahl SvB Einpendler – Anzahl SvB Auspendler) / Bevölkerung 15-64 * 100
Anteil unter 18-Jährige an der Gesamtbevölkerung	
Erklärung	Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung beträgt x %
Berechnung	Bevölkerung unter 18 Jahren / Gesamtbevölkerung * 100
Anteil 65- bis 79-Jährige an der Gesamtbevölkerung	
Erklärung	Der Anteil der Personen im Alter von 65 bis 79 Jahren an der Gesamtbevölkerung beträgt x %
Berechnung	Bevölkerung 65 – 79 Jahre / Gesamtbevölkerung * 100
Arbeitsplatzzentralität (Bedeutung als Arbeitsort)	
Erklärung	In der Kommune arbeiten mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als dort wohnen (Wert >1), oder umgekehrt (Wert <1).
Berechnung	SvB am Arbeitsort / SvB am Wohnort (Stichtag 30.06.)
Bildungswanderung (Wanderungssaldo der 18- bis 24-Jährigen)	
Erklärung	Der Wanderungsgewinn bzw. -verlust pro 1.000 Einwohner beträgt in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen x Einwohner der betrachteten Altersgruppe
Berechnung	(Zuzüge 18-24-Jährige – Fortzüge 18-24-Jährige) / Bevölkerung * 1.000
Zusatz	Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/ -verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt
Kaufkraft privater Haushalte (Durchschnitt)	
Erklärung	Das durchschnittliche Gesamtnettoeinkommen eines Haushaltes beträgt x Euro
Berechnung	Summe aller Haushaltsnettoeinkommen / Anzahl Haushalte
Kinderarmut	
Erklärung	x % der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren erhalten Leistungen nach SGB II (Sozialgeld)
Berechnung	Sozialgeldempfänger unter 15 Jahre / Bevölkerung unter 15 Jahre * 100
Zusatz	Stichtag für SGB II-Bezieher: im Dezember; Bezieher von Kinderzuschlag sind nicht erfasst)

Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner	
Erklärung	Die über die letzten 4 Jahre gemittelten Steuereinnahmen einer Kommune betragen im Durchschnitt x Euro pro Einwohner
Berechnung	Steuereinnahmen / Gesamtbevölkerung
Zusatz	Steuereinnahmen = Grundsteuer A + Grundsteuer B + Gewerbesteuer + Gemeindeanteil an Einkommensteuer + Gemeindeanteil an Umsatzsteuer Bezugsjahre: Steuereinnahmen und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.
Medianalter	
Erklärung	Gibt das Lebensalter an, das die Gesamtbevölkerung in zwei gleich große Altersgruppen teilt.
Berechnung	Medianalter = Alter des n/2-ten Einwohners bei einer Rangfolgenbildung nach erreichtem Lebensalter
Natürliche Saldorate	
Erklärung	Innerhalb des Jahres wurden in dem betrachteten Gebiet x Personen auf je 1.000 Einwohner mehr geboren als gestorben sind (bzw. umgekehrt, falls Saldo negativ).
Berechnung	$(\text{Lebendgeburten} - \text{Sterbefälle}) / \text{Bevölkerung} * 1.000$
Zusatz	Bezugsjahre: Lebendgeburten, Sterbefälle und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre
Relative Bevölkerungsentwicklung seit 2011 (Bevölkerung im Jahr 2011 = 0)	
Erklärung	Die Bevölkerungszahl hat seit dem Jahr 2011 um x % zugenommen/abgenommen
Berechnung	$((\text{Bevölkerung aktuell} * 100) / \text{Bevölkerung 2011}) - 100$
SGB II-Quote	
Erklärung	x % der Bevölkerung unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach SGB II
Berechnung	Leistungsbeziehende nach SGB II / Bevölkerung unter 65 Jahren * 100 (Stichtag für SGB II-Bezieher: im Dezember)
Wanderungssaldorate	
Erklärung	Innerhalb des Jahres zogen in das betrachtete Gebiet x Personen auf je 1.000 Personen der Bestandsbevölkerung mehr zu als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls Saldo negativ).
Berechnung	$(\text{Zuzüge} - \text{Fortzüge}) / \text{Bevölkerung} * 1.000$
Zusatz	Bezugsjahre: Zuzüge, Fortzüge und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre
Einheit	je 1.000 Einwohner